



*// Mainova bewegt*

# Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 und zusammengefasster Lagebericht

MAINOVA AKTIENGESELLSCHAFT



<b>4 //</b>	<b>ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT</b>
4 //	Grundlagen des Konzerns
9 //	Wirtschaftsbericht
20 //	Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns
27 //	Sonstige Angaben
30 //	Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)
<b>34 //</b>	<b>JAHRESABSCHLUSS</b>
34 //	Bilanz
35 //	Gewinn- und Verlustrechnung
36 //	Anhang
68 //	Bestätigungsvermerk
69 //	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

# Zusammengefasster Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2016

## Grundlagen des Konzerns

Als börsennotiertes Unternehmen hat die MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der MAINOVA-Konzern als MAINOVA bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der MAINOVA AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst.

wandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit Strom und Gas. In Frankfurt am Main bieten wir unseren Kunden zusätzlich Wärme und Wasser an. Zudem beliefern wir regionale Energieversorgungsunternehmen (Energiepartner) sowie bundesweit Geschäftskunden mit Strom und Gas. Auch energie-nahe Dienstleistungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir Dritten den Netzzugang und -anschluss zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

## GESCHÄFTSMODELL

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artver-

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die MAINOVA AG und drei Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet und betreibt das Strom- und Gasnetz

G 01

### Segmentaufteilung nach Wertschöpfungsstufen

SEGMENTE	WERTSCHÖPFUNGSSTUFEN				
	ERZEUGUNG	HANDEL	VERTRIEB	NETZ	SONSTIGES
Wärme- und Stromerzeugung	✓	✓			✓
Stromversorgung		✓	✓	✓	✓
Gasversorgung		✓	✓	✓	✓
Wärmeversorgung		✓	✓	✓	✓
Wasserversorgung		✓	✓	✓	✓
Beteiligung				✓	✓
Sonstige Aktivitäten / Konsolidierung	✓	✓	✓	✓	✓

der MAINOVA AG. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die Aufgaben der MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wärme- und Wassermengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM) betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz in Frankfurt am Main.

Unsere Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien mit Ausnahme der energienahen Dienstleistungen bündeln wir in Tochter- und Beteiligungsunternehmen. Dabei investieren wir vorrangig in Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen.

Das Segment Wärme- und Stromerzeugung umfasst die Erzeugungsanlagen der MAINOVA AG und der Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode einbezogene und weitere Beteiligungen an Erzeugungsgesellschaften.

In der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung wird jeweils die gesamte Wertschöpfungskette vom Handel über den Vertrieb bis hin zur Verteilung unserer Produkte abgebildet.

Mit Ausnahme der Erzeugungsgesellschaften ist unser gesamtes Beteiligungsportfolio dem Segment Beteiligungen zugeordnet.

Im Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung sind unter anderem IT-Dienstleistungen an Dritte, technisches Facility Management und Anlagenverkäufe, die nicht in Zusammenhang mit einem Kernsegment stehen, enthalten. Hierbei handelt es sich um Nebengeschäfte, die eine untergeordnete Steuerungsrelevanz haben. Zudem sind Konsolidierungseffekte enthalten.

**UNTERNEHMENSSTRATEGIE UND NACHHALTIGKEIT**

Mit unserer Strategie „Leistung mit Energie“ stellen wir uns zukunftsicher auf. Wir investieren im Rahmen unseres Wärmeversorgungskonzepts in die lokale Netzinfrastruktur, um Synergien zu nutzen und somit eine effiziente und umweltschonende Versorgung sicherzustellen. Daneben liegt unser Fokus zunehmend auf der Schaffung von dezentralen Lösungen im Bereich der Energiedienstleistungen. Dem vertriebsseitigen Ergebnisdruck und den wachsenden Kundenanforderungen in einer digitalen Welt begegnen wir mit innovativen Produkten, die Energie effizienter nutzbar machen. Neu entwickelte Geschäftsmodelle machen den Kunden zum Erzeuger und tragen somit dem Wunsch Rechnung, die Energiewende aktiv mitzugestalten. Damit unterstützen wir die wachsende Rhein-Main-Region bei der Realisierung ihrer anspruchsvollen Klimaschutzziele.

Dem vertriebsseitigen Ergebnisdruck und den wachsenden Kundenanforderungen in einer digitalen Welt begegnen wir mit innovativen Produkten, die Energie effizienter nutzbar machen.

**Unsere Strategie „Leistung mit Energie“**

Aus den Rahmenbedingungen der Energiebranche ergeben sich Chancen und Risiken, denen wir mit sechs strategischen Leitlinien begegnen. Diese bilden unseren zentralen Anspruch ab, herausragenden Service zu wettbewerbsgerechten Preisen anzubieten.

Auf Basis dieser Leitlinien haben wir strategische Eckpfeiler definiert. An erster Stelle steht für uns hierbei die Sicherung des Ergebnisses, um auch zukünftig handlungsfähig zu bleiben. Darüber hinaus werden wir weiterhin unsere regionale Stärke nutzen und unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte fokussiert neue Geschäftsfelder erschließen.

**Strategische Leitlinien**






LEISTUNG MIT ENERGIE					
Regional	Kooperativ	Integriert	Effizient	Innovativ	Fokussiert
Wir sind der führende Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet.	Wir verhalten uns partnerschaftlich und fair – untereinander, gegenüber allen Partnern und ganz besonders gegenüber unseren Kunden.	Wir bedienen die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb.	Wir sind motiviert, beweglich und optimieren beständig unsere Kosten und Abläufe.	Wir gehen neue Wege, setzen modernste Technik ein, vermarkten fortschrittliche Dienstleistungen und nutzen neue Geschäftschancen.	Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen und wachsen, wo es sich lohnt – für uns und unsere Kunden.

Aus den Eckfeilern ergeben sich für unsere Wertschöpfungsstufen folgende konkrete Handlungsfelder:

In der Erzeugung sichern wir das Ergebnis in erster Linie durch die Steigerung der Effizienz und Flexibi-

lisierung unserer Kraftwerke in Frankfurt am Main. So sieht unser Wärmeversorgungskonzept vor, bis 2017 die Heizkraftwerke (HKW) Messe, West und Niederrad durch Fernwärmeleitungen mit dem Müllheizkraftwerk in der Nordweststadt zu verbinden. Zur Erschließung des Markts für erneuerbare

Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung

	 ERZEUGUNG	 HANDEL	 VERTRIEB	 NETZ	 BETEILIGUNGEN
Ergebnis sichern & optimieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Effizienz und Flexibilität der Kraftwerke steigern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Beschaffung und Vermarktung der Stromeigenerzeugung</li> <li>&gt; Regelenergie und Intraday-Handel ausweiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Kundenbindung steigern</li> <li>&gt; Tarifportfolio auf Kundenbedürfnisse ausrichten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Potenziale für Regulierungsperioden realisieren</li> <li>&gt; Versorgungssicherheit und Konzessionen sichern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Vorhandene Beteiligungen optimieren und Synergien schaffen</li> </ul>
Regionale Stärke nutzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Klimaschonende Wärmeversorgung der Stadt Frankfurt ausbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Kooperationen eingehen und Synergiepotenziale im Handelsgeschäft heben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Positives Markenimage nutzen</li> <li>&gt; Verstärkt regionale Kooperationen eingehen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Zielgerichtet Konzessionen im direkten Umland erwerben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Selektiv mit neuen Geschäftsfeldern und strategischen Kooperationen wachsen</li> </ul>
Fokussiert Neues angehen	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Speicherlösungen zur Optimierung der Erzeugungsstruktur entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Zusätzliche Wertbeiträge über die EEG-Direktvermarktung generieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Wertorientiert wachsen</li> <li>&gt; Energienahe Dienstleistungen ausbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Umfangreiche netznahe Dienstleistungen anbieten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Selektiv mit neuen Geschäftsfeldern und strategischen Kooperationen wachsen</li> </ul>
Umsetzungsbeispiele	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Lückenschluss des Fernwärmenetzes in 2017 sowie Erzeugungsstrategie entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Marktnahe Beschaffung</li> <li>&gt; Synchronisierung bei Beschaffungsprozessen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Produkteinführung „daheim solar“</li> <li>&gt; Sponsoring (u.a. Frankfurter Marathon &amp; Eintracht Frankfurt)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Konkrete Prüfungen von Konzessionen in Hessen inkl. Netzeigentums-gesellschaften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Akquisition über THÜGA von innovativen Start-ups</li> <li>&gt; Laufende Prüfung von Beteiligungen an Stadtwerken</li> </ul>

Energien gehen wir Kooperationen sowohl als Investor als auch als Partner mit Projektentwicklern ein. Um unsere Erzeugungsstruktur zu optimieren, nutzen wir innovative Speicherlösungen. So sind wir darauf bedacht, Power-to-Heat-Anlagen zu etablieren. Zudem erarbeiten wir Lösungen für den langfristigen Umgang mit unserem Kraftwerkspark. Klimaschutzziele und ein anvisierter Kohleausstieg machen es erforderlich, im Rahmen einer Erzeu-

gungsstrategie ab 2030 Optionen für unsere Erzeugungsanlagen aufzuzeigen.

Als Kernaufgabe im Handel sehen wir die kostenoptimierte Beschaffung mit dem Ziel, unseren Vertrieb mit wettbewerbsfähigen Preisen zu bedienen. Daher richten wir unsere Beschaffungsstrategie neu aus, um stärker an Portfolioeffekten in den Segmenten Strom und Gas partizipieren zu können. Darüber hinaus gewährleisten wir die bestmögliche Ver-

marktung der Stromerzeugungsmengen unserer Kraftwerke einschließlich der Optimierung der Regelenergie sowie des Intraday-Handels. Im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beabsichtigen wir ebenso, Wertbeiträge im Bereich der Direktvermarktung zu generieren.

Im Vertrieb bestehen unsere Hauptaufgaben in der kontinuierlichen Verbesserung der Serviceprozesse sowie in der nachhaltigen Kundenbindung. Wir verfügen über eine hohe Markenbekanntheit und eine starke Marktposition, können aber wettbewerbsbedingte Absatz- und Margenrückgänge in unserem Stammgebiet nicht ausschließen. Daher generieren wir insbesondere im Geschäftskundenvertrieb überregional Absatzpotenziale unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte. Zusätzlich werden partnerschaftliche Beziehungen im Großkundenbereich stetig ausgebaut und um energiewirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Bilanzkreis-, Portfolio- sowie Prognosemanagement erweitert. Ein weiteres Wachstumfeld sind die energienahen Dienstleistungen, die unser Liefergeschäft ergänzen und als Instrument zur Kundenbindung und Ansprache neuer Kundengruppen dienen. Derzeit entwickeln wir Produkte und Dienstleistungen zur dezentralen Erzeugung, die es unseren unterschiedlichen Kundengruppen ermöglichen, ökologisch und nachhaltig ihre Energie vor Ort zu erzeugen und zu verbrauchen.

Unser Netzgeschäft ist geprägt von hohen Anforderungen an die Versorgungszuverlässigkeit sowie von verschärften Regulierungsvorgaben wie der vor Kurzem durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) novellierten Anreizregulierung. Um eine zuverlässige Versorgung zu gewährleisten, tätigen wir unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte hohe Investitionen. So ist die Fernwärmeverversorgung in Frankfurt ein elementarer Bestandteil unserer strategischen Vorhaben. Zudem kommt dem Einsatz neuer Technologien im Rahmen des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien und einer vermehrt dezentralen Einspeisung eine steigende Bedeutung zu. Durch die Nutzung innovativer Speichermöglichkeiten sowie intelligenter Ortsnetzstationen tragen wir dieser Entwicklung Rechnung. Der Trend zur Rekommunalisierung erfordert es zudem, auch Kooperationsmodelle umzusetzen mit dem Ziel, Konzessionsgebiete unter strategisch und technisch sinnvollen Gesichtspunkten zu gewinnen. Unser Netzgeschäft beinhaltet darüber hinaus umfangreiche Angebote zu netznahen Dienstleistungen, wie zum Beispiel Netz- und Leitwartenbetrieb sowie Anlagenbau für Dritte.

Bei den Beteiligungen ist es unser Ziel, das vorhandene Portfolio auszuweiten und weitere Synergiepotenziale zu nutzen. Darüber hinaus prüfen wir

Möglichkeiten für selektives anorganisches Wachstum zum Aufbau neuer Geschäftsmodelle oder strategischer Kooperationen.

Unsere Erfolgsfaktoren sind Kundenorientierung, innovative Lösungen, Kommunikation und effiziente Prozesse. Wertschöpfungsstufenübergreifend beschäftigt uns zunehmend die Digitalisierung, woraus sich vielfältige Chancen in allen Bereichen ergeben. So können wir besser auf die Kundenbedürfnisse eingehen und stärken dadurch die Kundenbindung. Intern zielen wir darauf ab, mit digitalisierten Prozessen ein erhebliches Effizienzpotenzial zu heben und somit wesentliche Einsparungen zu realisieren. Ein Beispiel hierfür ist der internetbasierte Störungsmeldeprozess unserer Tochtergesellschaft SRM. Auch unsere zunehmende Social Media-Präsenz unterstreicht die Bedeutung einer digitalen Welt.

Ferner fördern wir eine Leistungs- und Innovationskultur sowie eine verstärkte interdisziplinäre und bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Darüber hinaus entwickeln wir neue Finanzierungsmodelle und verbessern kontinuierlich unsere IT-Strukturen. Durch gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung unterstützen wir zudem unsere Mitarbeiter bei der Bewältigung der ihnen zukünftig gestellten Aufgaben.

### Nachhaltigkeit

Als Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge gehört es zu unserem Selbstverständnis, unserer Verantwortung für die Rhein-Main-Region gerecht zu werden.

Unser Verständnis von Nachhaltigkeit wird in den folgenden fünf Dimensionen abgebildet:

- 1. Langfristiger Erfolg** umfasst die ökonomische Komponente der Nachhaltigkeit und ist die Grundvoraussetzung für soziales und ökologisches Engagement.
- 2. Leistungsfähige Technik** beschreibt die langfristigen Investitionen in eine zuverlässige, umweltschonende und effiziente Energieversorgung.
- 3. Zukunftsfähige Versorgung** bedeutet, als Partner der Kunden mit eigenen Produkten und Dienstleistungen ökologische Verantwortung zu übernehmen.
- 4. Faire Partnerschaft** spricht die soziale Dimension an und umfasst den fairen, partnerschaftlichen Umgang mit Kunden, Mitarbeitern und Lieferanten.
- 5. Regionale Verantwortung** ist im Selbstverständnis der MAINOVA fest verankert. Unser gesellschaftliches Engagement durch Spenden und Sponsoring ist hier ein wesentlicher Baustein.

Die Fernwärmeverversorgung in Frankfurt ist ein elementarer Bestandteil unserer strategischen Vorhaben.

Zur Ableitung von konkreten Handlungsfeldern und deren Überwachung haben wir ein Nachhaltigkeitsmanagement, bestehend aus Nachhaltigkeitsinstrumenten und -gremien, etabliert.

G 04

## Nachhaltigkeitsmanagement

### NACHHALTIGKEITSINSTRUMENTE

- > **Wesentlichkeitsmatrix**
- > **Nachhaltigkeitsprogramm**
- > **Nachhaltigkeitsradar**
- > **Nachhaltigkeitsbericht**

### NACHHALTIGKEITSGREMIEN

- > **Nachhaltigkeitsboard**  
(Entscheidungsebene)
- > **Nachhaltigkeitskoordinatoren**  
(Arbeitsebene)

Die in der Wesentlichkeitsmatrix identifizierten Kernthemen entwickeln wir zu konkreten Zielen und Maßnahmen in unserem Nachhaltigkeitsprogramm weiter. Im Nachhaltigkeitsradar wird jährlich die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen kritisch analysiert. Im jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht dokumentieren und veröffentlichen wir alle Aktivitäten und Kennzahlen.

Das Nachhaltigkeitsboard fungiert als zentrales Entscheidungsgremium für wesentliche Nachhaltigkeitsthemen. Die Nachhaltigkeitskoordinatoren stellen auf Arbeitsebene das Bindeglied zu den einzelnen Fachbereichen dar.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2016, der ab dem 31. Mai 2017 im Internet unter <http://www.mainova-nachhaltigkeit.de> abrufbar ist.

### MARKTINNOVATION

Einer durch politische Rahmenbedingungen und technologischen Fortschritt veränderten Energielandschaft begegnen wir durch die Entwicklung neuer Geschäftsfelder mit dem Ziel, uns als Partner für neue Energielösungen zu positionieren. Die Rollen der Marktteilnehmer in der Energielandschaft ändern sich fundamental: Zunehmend tritt der Kunde auch als Erzeuger auf und stellt neue Erwartungen an den Energieversorger. Daher fokussieren wir uns insbesondere auf die dezentrale Energieerzeugung und die Digitalisierung.

Im Bereich der dezentralen Versorgungslösungen haben wir bereits verschiedene Modelle entwickelt und umgesetzt. Hierzu zählen Photovoltaik- und Speicherlösungen wie beispielsweise unser Mieterstrommodell oder unser Produkt „Mainova daheim Solar“.

Mit dem Mieterstrommodell bieten wir die Möglichkeit, Strom aus einer im Wohngebäude installierten Erzeugungsanlage, wie beispielsweise einer Photovoltaikanlage, direkt an die lokalen Mieter zu liefern. Somit können Mieter erstmalig an dezentralen und erneuerbaren Energieversorgungs-lösungen im urbanen Umfeld partizipieren. Dieses Modell haben wir durch den Einsatz digitaler Zähler erweitert, wodurch Mieter die Herkunft des verbrauchten Stroms, ob vom Dach des Wohngebäudes oder aus dem Netz, nachvollziehen können. In weiteren Geschäftsmodellen haben wir auch für Gewerbekunden oder öffentliche Einrichtungen Lösungen entwickelt.

Im Privatkundenbereich ist das Produkt „Mainova daheim Solar“ erfolgreich angelaufen. Es kombiniert eine hocheffiziente Solaranlage mit einem Stromspeicher und ermöglicht unseren Kunden somit die Erzeugung sowie Speicherung von überschüssigem Ökostrom für eine spätere Nutzung.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns bereits jetzt mit der Frage, wie diese dezentralen Energieströme in Zukunft optimal und wertorientiert in den Markt integriert werden können. Dementsprechend testen wir, wie Verbrauchsflexibilitäten des Kunden vermarktet werden können. Ferner entwickeln wir für unsere Kunden neue Konzepte im Bereich der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität.

Mehr zum Thema Nachhaltigkeit erfahren Sie in unserem Nachhaltigkeitsbericht, der ab dem 31. Mai 2017 im Internet unter <http://www.mainova-nachhaltigkeit.de> abrufbar ist.



## STEUERUNGSSYSTEM UND LEISTUNGS- INDIKATOREN

Zur Erreichung unserer strategischen Ziele ziehen wir konkrete Steuerungsgrößen heran, um den Erfolg unserer Maßnahmen zu messen. Die Basis bildet ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das die rollierende Mittelfristplanung, regelmäßige Forecasts und die monatliche Berichterstattung über die Zielerreichung vereint. Durch diesen Prozess erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung und können entsprechend reagieren. Ein weiterer Bestandteil des Steuerungssystems ist die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der MAINOVA sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind. Bezüglich der Leistungsindikatoren verweisen wir auf die Ausführungen im Wirtschaftsbericht.

### Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT), welches im Konzernabschluss nach IFRS um Effekte aus der Derivatebewertung bereinigt wird. Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird das EBT einerseits nach den Segmenten Wärme- und Stromerzeugung, Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie Beteiligungen und andererseits nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Vertrieb und Netz differenziert, analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wird der Vorstand durch die monatliche Berichterstattung informiert.

### Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit unsere bedeutenden nicht finanziellen Leistungsindikatoren dar und werden durch regelmäßige Erhebungen ermittelt. Daneben spielen Absatz und Erzeugungsmengen eine Rolle.

## Wirtschaftsbericht

### RAHMENBEDINGUNGEN

Unser Geschäftsverlauf unterliegt einer Vielzahl externer Faktoren. Neben Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen wirkten

sich auch die Entwicklung der Konjunktur, der Witterung sowie der Energiepreise maßgeblich auf unser Geschäft aus.

### Energiepolitik

Auf internationaler Ebene haben sich folgende Neuerungen ergeben, welche auch Auswirkung auf die nationale Energiepolitik haben:

#### Deutschland ratifiziert Pariser Klimaschutzabkommen – Bundeskabinett verabschiedet Klimaschutzplan 2050

Nachdem das Pariser Klimaschutzabkommen am 4. November 2016 völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangt hatte, war dessen Umsetzung Gegenstand der Folgekonferenz in Marrakesch. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks konnte sich dort auf den Klimaschutzplan 2050 stützen, der für die verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren erstmals Treibhausgas-Minderungspfade festlegt. Für den Sektor Energiewirtschaft wird für das Jahr 2030 ein Treibhausgas-Einsparziel gegenüber dem Basisjahr 1990 von rund 60 % ausgewiesen. Wir begrüßen, dass die Politik das Thema Klimaschutz entschlossen angeht. Wir halten es allerdings für wichtig, dass bei der Vielzahl der Initiativen auf verschiedenen politischen Ebenen darauf geachtet wird, dass die jeweiligen Ziele und Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind.

#### Winterpaket der EU-Kommission veröffentlicht

Am 30. November 2016 stellte die Europäische Kommission unter dem Titel „Saubere Energie für alle Europäer“ umfangreiche Richtlinien und Verordnungen vor. Dieses sogenannte Winterpaket beinhaltet Vorschläge zur besseren Koordinierung nationaler Energiepolitiken, zur Reform der Richtlinien für Energieeffizienz, zur Förderung erneuerbarer Energien, zum Strommarktdesign sowie zum Ausbau der Regulierung der Verteilnetzbetreiber in Europa.

Auf nationaler Ebene wurden folgende Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht:

#### Energiepaket verabschiedet

Am 30. August 2016 hat sich das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) mit der EU-Kommission auf ein Energiepaket verständigt. Dieses betrifft zentrale Punkte des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarkts (Strommarktgesetz), des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG 2016) sowie des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) und stellt deren Vereinbarkeit mit dem europäischen Beihilferecht sicher. Die entsprechenden Anpassungen beim KWKG 2016 und beim EEG 2017 wurden mit einem Änderungsgesetz (Gesetz

Bei der Vielzahl der Initiativen rund um den Klimaschutz auf verschiedenen politischen Ebenen sollte darauf geachtet werden, dass die jeweiligen Ziele und Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind.

zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung) umgesetzt, welches im Dezember 2016 verabschiedet wurde und zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

Das im Sommer 2016 verabschiedete **Strommarktgesetz** sieht ab dem Winterhalbjahr 2018/2019 eine Kapazitätsreserve mit einer Leistung in Höhe von 2 GW vor. Gemäß der Einigung mit der EU-Kommission soll diese Kapazitätsreserve unter dem Vorbehalt stehen, dass Systemanalysen ihre Notwendigkeit bestätigen. Die Reserve soll technologieneutral gestaltet sein, wettbewerblich ausgeschrieben werden und auch abschaltbare Lasten einbeziehen. Die Reservekapazitäten dürfen weder am regulären Strommarkt teilnehmen noch nach der Reservedauer an diesen zurückkehren. Die bereits bestehende Netzreserve wird ebenfalls fortgeführt.

Um gleichzeitig das nationale Klimaschutzziel für das Jahr 2020 zu erreichen, werden Braunkohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von insgesamt 2,7 GW in eine Sicherheitsbereitschaft überführt und im Anschluss daran endgültig stillgelegt. Außerdem ist vorgesehen, dass die Übertragungsnetzbetreiber Kraftwerke mit einer Leistung von maximal 2 GW als sogenannte Netzstabilitätsanlagen errichten und betreiben können, um die Versorgung im Falle von Netzengpässen zu gewährleisten.

Die Regelungen des Strommarktgesetzes bergen aus unserer Sicht die Gefahr, dass die darin enthaltenen Anreize zum Neubau von Kraftwerken nicht ausreichen. Dadurch könnte nach der Abschaltung der Atomkraftwerke zukünftig eine Kapazitätslücke im deutschen Stromversorgungssystem entstehen. Wir plädieren deshalb weiterhin für einen dezentralen Leistungsmarkt als volkswirtschaftlich effizientestes Verfahren, um langfristig Versorgungszuverlässigkeit zu gewährleisten. Zudem muss für die Netzreservekraftwerke eine angemessene Vergütung sichergestellt sein. Im Ergebnis schafft das Strommarktgesetz eine kostenintensive Vielfalt von Reserven, die Kraftwerke zunehmend in den regulierten Bereich überführt. Das Gesetz schadet jenen Energieunternehmen, die wie wir im Erzeugungsbereich am Markt aktiv sind, und birgt zudem die Gefahr volkswirtschaftlicher Mehrkosten.

Das **EEG 2017**, welches ebenfalls im Sommer 2016 vom Bundesrat verabschiedet wurde, zielt darauf ab, die Vergütung des erneuerbaren Stroms ab dem Jahr 2017 nicht mehr staatlich festzulegen, sondern durch Ausschreibungen am Markt zu ermitteln. Dazu werden technologiespezifisch feste Ausschreibungsmengen festgelegt. Zudem werden ab dem

Jahr 2018 pro Jahr auch 400 MW technologieneutral für Windenergie an Land und große Photovoltaikanlagen ausgeschrieben. Des Weiteren enthält das EEG 2017 eine Regelung, die die BNetzA ermächtigt, den Zubau von Wind-Onshore-Anlagen dort zu drosseln, wo sich Netzengpässe verstärkt zeigen.

Bei Neuanlagen, die der Eigenversorgung dienen, wird grundsätzlich die volle EEG-Umlage fällig. Bei neuen Anlagen, die auf erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) basieren, sind es 40 %. Die Eigenversorgung mit Bestandsanlagen soll auch künftig nicht mit der EEG-Umlage belastet werden. Erfolgt eine wesentliche Modernisierung ohne Kapazitätserweiterung, soll die EEG-Umlage anteilig in Höhe von 20 % anfallen. Die EEG-Novelle enthält auch eine Regelung für zuschaltbare Lasten. So können bei Netzengpässen zum Beispiel Power-to-Heat-Module im Rahmen des Redispatches in KWK-Anlagen einbezogen werden.

Wir sehen die Novellierung des EEG als einen Schritt hin zu einer kosteneffizienteren Umsetzung der Energiewende. Neben der verpflichtenden Ausschreibung für Wind-Onshore-Projekte hat erstmals die Verzahnung erneuerbarer Energien mit dem Netzausbau Einzug in die Gesetzgebung gefunden. Grundsätzlich ist die Vernetzung von Strom und Wärme (Sektorkopplung) durch Zuschaltung von Power-to-Heat-Anlagen sowie die Begrenzung des Ausbaus in Netzengpassregionen zu befürworten.

Das novellierte **KWKG 2016** hat nach beihilferechtlicher Genehmigung nun rückwirkend zum 1. Januar 2016 Rechtskraft erlangt. Es legt in absoluten Zahlen einen Ausbaupfad für die Nettostromerzeugung aus KWK von 110 Terrawattstunden (TWh) im Jahr 2020 und 120 TWh im Jahr 2025 fest und hebt das Gesamtvolumen der jährlichen KWK-Förderung auf maximal 1,5 Milliarden Euro an. Die KWK-Umlage steigt damit von rund 0,25 Cent pro kWh auf maximal 0,53 Cent pro kWh. Die Förderung erstreckt sich jetzt nur noch auf Neuanlagen, die auf KWK aus Abfall, Abwärme, Biomasse sowie gasförmige oder flüssige Brennstoffe setzen. Somit erhalten neue Kohle-KWK-Anlagen keine Förderung mehr. Ferner werden bestehende gasbefeuerte Anlagen in der öffentlichen Versorgung mit einer Leistung von mehr als 2 MW, deren Förderung ausgelaufen ist, befristet bis Ende 2019 gefördert, um Effizienzpotenziale zu erhalten.

Das von der EU geforderte Änderungsgesetz zum KWKG 2016 sieht unter anderem vor, dass neue beziehungsweise modernisierte KWK-Anlagen mit einer Leistung von 1 MW bis 50 MW in Zukunft keine garantierte Förderung mehr erhalten. Stattdessen

Wir plädieren für einen dezentralen Leistungsmarkt als volkswirtschaftlich effizientestes Verfahren, um langfristig Versorgungszuverlässigkeit zu gewährleisten.

soll die Förderung über ein Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. KWK-Anlagen, die noch im Jahr 2016 eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erhalten oder verbindlich bestellt werden und ihren Betrieb vor dem 31. Dezember 2018 aufnehmen, können unter dem bisherigen System des KWKG 2016 gefördert werden.

KWK-Anlagen mit einer Leistung bis 50 MW, die zukünftig einen Ausschreibungszuschlag erhalten, sollen nach dem Gesetzentwurf keinen Anspruch mehr auf vermiedene Netznutzungsentgelte haben. Der Gesetzentwurf sieht weiterhin vor, dass die BNetzA die Ausschreibungen durchführen soll. Der Neu- und Ausbau von energieeffizienten Fernwärmenetzen, in die unter anderem KWK-Wärme eingespeist wird, sowie von Kältenetzen und entsprechenden Speichern werden mit einem Investitionszuschuss in Höhe von 30 % gefördert.

Die Novellierung des KWKG war ein Schritt in die richtige Richtung. Wir begrüßen ebenso die Übergangsregelung, welche vorsieht, dass auch KWK-Anlagen im Jahr 2016 unter dem bisherigen System des KWKG gefördert werden können. Die sich abzeichnende Abschaffung der vermiedenen Netznutzungsentgelte für Neuanlagen bis 50 MW lehnen wir hingegen ab, da die lastnah erzeugenden steuerbaren Anlagen die vorgelagerten Netze entlasten und somit den Netzausbaubedarf verringern. Ebenso lehnen wir sämtliche Bestimmungen des Änderungsgesetzes ab, die über den Gegenstand der mit der EU-Kommission getroffenen beihilferechtlichen Regelung hinausgehen. Wir sehen darin erhebliche bürokratische Hindernisse, die dem weiteren KWK-Ausbau entgegenstehen.

#### EEG-Umlage 2017 steigt auf neuen Höchstwert

Im Oktober 2016 haben die vier Übertragungsnetzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage für das Jahr 2017 bekanntgegeben. Die EEG-Umlage steigt demnach für nicht privilegierte Endverbraucher von 6,35 Cent pro kWh auf 6,88 Cent pro kWh.

#### Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft getreten

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende ist am 2. September 2016 in Kraft getreten. Kern des Gesetzes ist ein neues Messstellenbetriebsgesetz, das die Grundlage für den Einbau intelligenter Messsysteme legt und Regelungen zur Datenkommunikation vorsieht. Der verpflichtende Einbau von Smart Metern beginnt für Haushaltskunden ab einem Jahresstromverbrauch von 6.000 kWh erst ab 2020, für Mehrverbraucher ab 10.000 kWh und für Erzeuger ab 7 kW bis 100 kW installierter Leistung ab 2017. Kleinerzeugungsanlagen mit 1 kW bis ein-

schließlich 7 kW sind in den optionalen Smart Meter-Rollout aufgenommen worden.

Aus unserer Sicht weist das verabschiedete Gesetz Schwächen auf. Die für die Bilanzierung der Netze notwendigen Entnahmemengen werden nicht mehr beim Verteilnetzbetreiber, sondern beim Übertragungsnetzbetreiber aufbereitet und aggregiert.

#### Novelle der Anreizregulierungsverordnung in Kraft getreten

Am 17. September 2016 trat die novellierte Anreizregulierungsverordnung in Kraft. Zentraler Bestandteil ist die Einführung des Kapitalkostenabgleichs zur dritten Regulierungsperiode mit dem Ziel, die Investitionsbedingungen für die Verteilnetzbetreiber zu verbessern. Dadurch werden Kapitalkosten aus Netzinvestitionen zukünftig ohne Zeitverzug in den Erlösobergrenzen berücksichtigt. Der Systemwechsel führt aber auch dazu, dass Sockeleffekte für das bestehende Anlagevermögen zukünftig beseitigt werden, ohne einen Ausgleich für die aus dem bisherigen Zeitverzug resultierenden Nachteile zu schaffen. Zur Abmilderung wird durch eine Übergangsregelung der Sockeleffekt der Investitionen aus dem Zeitraum 2007 bis 2016 für die dritte Regulierungsperiode erhalten bleiben. Gemäß einer Entscheidung des Bundesrats ist die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, ob diese Übergangsregelung auf die vierte Regulierungsperiode ausgedehnt werden kann. Im Zusammenhang mit der Einführung des Kapitalkostenabgleichs entfallen die Instrumente des Erweiterungsfaktors und der Investitionsmaßnahmen. In der Gesamtschau verbleibt eine Verbesserung der Bedingungen für Investitionen in Verbindung mit einer deutlichen Entwertung der bestehenden Netze.

#### Regulatorische Eigenkapital-Verzinsung gekürzt

Am 5. Oktober 2016 legte die BNetzA für die dritte Regulierungsperiode einen EK-Zinssatz für Strom- und Gasnetze von 5,12 % für Altanlagen und 6,91 % für Neuanlagen fest. Diese Zinssätze liegen für Neuanlagen um fast 24 % und für Altanlagen um 28 % unter der Verzinsung der zweiten Regulierungsperiode.

#### Netzentgeltmodernisierungsgesetz sieht Abschaffung der vermiedenen Netznutzung vor

Am 25. Januar 2017 hat die Bundesregierung den Entwurf des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NEMoG) beschlossen. Demnach soll die Vergütung für dezentrale Einspeisung in Form der vermiedenen Netznutzungsentgelte schrittweise abgeschafft werden. Das NEMoG in seiner jetzigen Form hätte zur Folge, dass die vermiedenen Netznutzungsentgelte für unsere KWK-Anlagen im Stadtgebiet Frankfurt bereits ab dem 1. Januar 2018 erheblich

Die Abschaffung der vermiedenen Netznutzungsentgelte auch für dezentral, stetig, steuerbar und verbrauchsnahe einspeisende KWK-Anlagen lehnen wir ab.

gekürzt würden. Die im ursprünglichen Kabinettsentwurf von November 2016 noch enthaltene Regelung zur Herstellung bundesweit einheitlicher Netzentgelte auf der Übertragungsnetzebene spielt im jetzt beschlossenen Gesetzentwurf dagegen keine Rolle mehr. Die Abschaffung der vermiedenen Netznutzungsentgelte auch für dezentral, stetig, steuerbar und verbrauchsnahe einspeisende KWK-Anlagen lehnen wir ab. Eine solche Maßnahme benachteiligt unsere KWK-Anlagen und gefährdet die regionale Energiewende, da diese Anlagen zu einem geringeren Netzausbaubedarf sowie zur Netzstabilität beitragen.

#### Energieeinsparverordnung vermindert Chancen von Erdgas im Neubaubereich

Seit 1. Januar 2016 gelten für Neubauten und größere Modernisierungen verschärfte Standards durch die Energieeinsparverordnung. Der zulässige Primärenergieverbrauch von Neubauten wurde um 25 % reduziert. Dabei haben sich die Mindestanforderungen an die Wärmedämmung um 20 % erhöht. Zudem verschärfen sich die Anforderungen an Erdgasheizungen. Hingegen erfahren Stromwärmepumpen durch die Absenkung des Primärenergiefaktors von Strom eine Verbesserung. Wir sehen diese Maßnahme kritisch, weil Stromwärmepumpen dadurch besser gestellt werden, als es ihrer Klimabilanz tatsächlich entspricht.

#### Neue Verordnung zu abschaltbaren Lasten

Die neue Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) ist mit Wirkung zum 1. Oktober 2016 in Kraft getreten. Am 24. Oktober sprach auch die EU-Kommission die beihilferechtliche Genehmigung aus. Die AbLaV regelt freiwillige kurzfristige Stromunterbrechungen bei Industriebetrieben gegen Zahlung einer Vergütung mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit in Engpasssituationen sicherzustellen.

Aus unserer Sicht ist die AbLaV ein sinnvolles Instrument. Am Regelenergiemarkt sollten gleiche Rahmenbedingungen für Erzeugung und Abschaltung gelten und keine Sonderregeln für große industrielle Abschaltleistungen bestehen. Anstelle immer neuer Sonderregelungen sprechen wir uns dafür aus, einen dezentralen Kapazitätsmarkt einzuführen und sämtliche Speichertechnologien von endverbraucherbezogenen Abgaben auszunehmen.

#### Konjunkturelle Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft weist nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts in 2016 wie auch in den Vorjahren ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum auf. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt um 1,9 % über dem Vor-

jahr. Getragen wurde das Wachstum insbesondere von den privaten und staatlichen Konsumausgaben. Auch die Investitionen, insbesondere im Baubereich, leisteten einen positiven Beitrag. Der Außenbeitrag wirkte sich hingegen leicht negativ aus, da die Importe stärker zulegten als die Exporte.

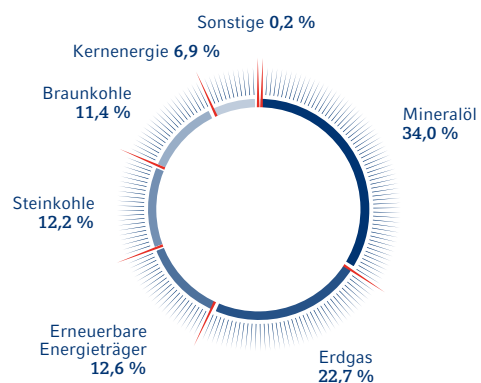
#### Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Nach vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen hat sich der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2016 voraussichtlich um 1,6 % auf 458,2 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten erhöht. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gegenüber dem Vorjahr kühlere Witterung, die positive wirtschaftliche Entwicklung sowie der Bevölkerungszuwachs.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2016 wie folgt:

G 05

#### Primärenergieverbrauch



Quelle: Pressedienst Nr. 5/2016 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Berlin

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Mix der Energieträger geringfügig geändert. Der wichtigste Energieträger war auch im Jahr 2016 das Mineralöl mit einem konstanten Anteil von 34,0 %. Der Anteil von Erdgas am Energiemix erhöhte sich um 1,8 Prozentpunkte auf 22,7 %. Gegenläufig sank der Anteil an Kernenergie sowie an Steinkohle jeweils um 0,7 Prozentpunkte. Die erneuerbaren Energieträger zeigten einen leichten Anstieg.

#### Entwicklung der Energiepreise und des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels

Nach Wertverlusten im ersten Quartal haben die Großhandelspreise an den Energiemärkten einen volatilen Erholungskurs eingeschlagen. Dabei verblieben die Preise für Strom, Rohöl, Kohle und Gas trotz teilweise zweistelliger prozentualer Wertsteigerungen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

Der durchschnittliche Kohlepreis für das Frontjahr in der ARA-(Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) Region (API2) zeigte sich mit 53,75 US-Dollar pro Tonne um 1,8 % günstiger als im Vorjahr. Seit dem Jahresanfang erholte sich der Kohlepreis deutlich um 72,2 %. Der Abbau weltweiter Überkapazitäten – vor allem durch hohe Förderkürzungen Chinas – setzte sich bei einer robust wachsenden Weltmarktnachfrage fort. Auch in anderen bedeutenden Förderregionen, wie Nordamerika, war das Kohleangebot nach dem Preisverfall des Vorjahres an die Nachfrage angepasst worden. In Europa wirkten im vierten Quartal der Ausfall zahlreicher Kernkraftwerke in Frankreich sowie ein erhöhter Energieverbrauch infolge kühler und zeitweise sehr windarmer Witterung im Winter verbrauchs- und preissteigernd.

Der durchschnittliche Preis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag mit 49,40 US-Dollar pro Barrel um 17,7 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zu der Notierung Anfang Januar stieg der Preis aufgrund eines robusten Nachfragewachstums bis zum Jahresende um 22,4 %. Nach Aufhebung des Ölembargos gegen den Iran fielen die Preise im Januar zunächst unter 40 US-Dollar pro Barrel. Erst nach koordinierten Bemühungen der Produzenten, dem Überangebot durch ein Einfrieren der Fördermengen zu begegnen, setzte im Februar eine Stabilisierung ein. Im Frühsommer führten Produktionsrückgänge in den USA nach massiv gedrosselten Förderaktivitäten sowie große Produktionsausfälle in Nigeria und Kanada zu einer zügigen Angleichung von Angebot und Nachfrage. Ende November sorgte der Beschluss der OPEC, zusammen mit Russland und anderen Produzenten eine Förderkürzung vorzunehmen, für einen weiteren Auftrieb. Weiteren Preissteigerungen standen hohe Lagerbestände, schnelle Exportsteigerungen einiger OPEC-Länder und eine Stabilisierung der amerikanischen Ölproduktion im Sommer gegenüber.

Der durchschnittliche Erdgaspreis für das Frontjahr im Marktgebiet NCG (NetConnect Germany) verlor im Jahresvergleich 23,2 % auf 15,65 Euro pro MWh. Ende Dezember notierte der Erdgaskontrakt 16,2 % über dem Jahresbeginn. Der Preisverfall bei ölpreisgebundenen Importverträgen zu Jahresbeginn machte sich zeitversetzt bis in den Spätsommer bemerkbar. Zudem wirkten sich im Jahresverlauf die hohen Füllstände europäischer Speicherreserven nach dem Winter preisdämpfend aus. Ein weiterer Impuls kam durch Rekordflüsse aus russischen und norwegischen Gasfeldern, welche die Preise bis April nachgeben ließen. Die erst zeitverzögert einsetzende Preisstabilisierung war vor allem positiven Einflüssen auf der Nachfrageseite geschuldet. Eine Verbilligung der Gaspreise relativ zu Kohle- und Strompreisen machte den Brennstoff im Bereich der Strom-Spitzenlastherzeugung wieder attraktiver. Weiterhin sorgte eine relativ kühle Witterung in den Übergangsmonaten April und Mai sowie im vierten Quartal für einen deutlichen Anstieg der deutschen Gasnachfrage. Auch ein im vergangenen Jahr unter den Erwartungen gebliebenes globales Flüssigerdgasangebot (LNG) sowie erneut reduzierte Förderquoten in den Niederlanden ließen die Gaspreise ansteigen.

G 07

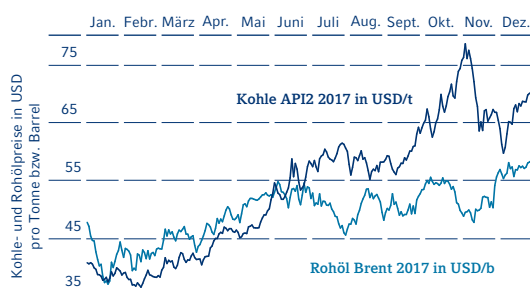
**Preisentwicklung Erdgas**



Mit einem Durchschnittspreis von 5,41 Euro pro Tonne zeigten sich die Preise für Emissionsrechte (EU Allowances – EUA) im vergangenen Jahr um 30,7 % günstiger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ein zwischenzeitlicher Anstieg Ende April war einerseits auf die generelle Erholung am Energiemarkt und andererseits auf einen Vorschlag Frankreichs zur Einführung eines Mindestpreises für Emissionsrechte zurückzuführen. Nachdem konkrete Umsetzungspläne aus Frankreich ausblieben, gaben die Preise in der zweiten Jahreshälfte zeitweise wieder deutlicher nach. Hierzu führte auch die „Brexit“-Entscheidung im Juni, welche Unsicherheit über den Verbleib der Briten im europäischen Emissionshandel brachte. Darüber hinaus verzögerten sich Entscheidungen der EU zu den Reformplänen ab 2020 bis Anfang Dezember. Erst nach einem positiven Votum für die Umsetzung der Reformpläne des Emissionshandels

G 06

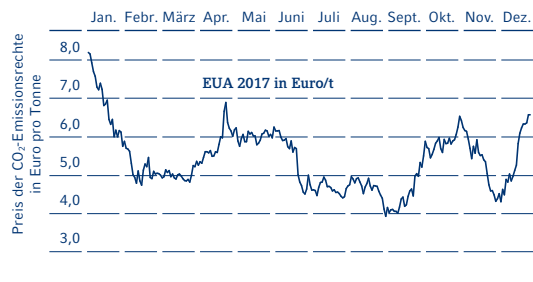
**Preisentwicklung Kohle und Rohöl**



konnten die Preise bis zum Jahresende ansteigen. Dennoch lag der Preis für Emissionsrechte am Jahresende um 19,8 % unter denen zu Jahresbeginn.

G 08

**Preisentwicklung Emissionsrechte**

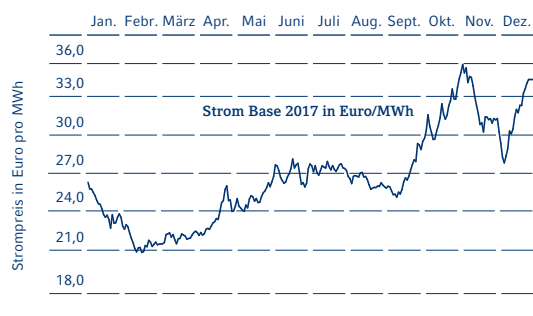


Im Geschäftsjahr 2016 konnten wir im operativen Kerngeschäft an die erfreuliche Entwicklung der vergangenen Jahre anknüpfen.

Einen Rückgang von 14,2 % verzeichnete der Preis des Grundlastkontrakts für das Strom-Frontjahr, der im Mittel bei 26,58 Euro pro MWh notierte. Der Preis entwickelte sich entsprechend dem Brennstoffpreisverlauf und schloss zum Jahresende um 30,5 % über dem Jahresbeginn. Für einen deutlichen Preisanstieg vor allem im Herbst sorgten zahlreiche außerplanmäßige Kapazitätseinschränkungen französischer Kernkraftwerke aufgrund mehrwöchiger Sicherheitstests. Dies sorgte in Verbindung mit hoher Last und geringer Winderzeugung für deutlich steigende Spot- und Monatsnotierungen an den westeuropäischen Märkten.

G 09

**Preisentwicklung Strom**

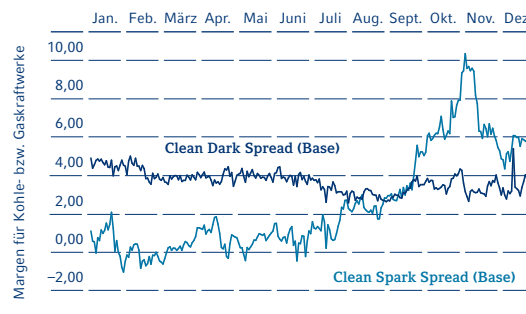


Die Margen in der Stromerzeugung (Base) verblieben auf einem niedrigen Niveau. Während sich die Margen für Kohlekraftwerke (Clean-Dark-Spread) für die Grundlast-Vermarktung des Frontjahres leicht reduzierten, konnten sich die Margen für Gaskraftwerke (Clean-Spark-Spread) im Spitzenlastbetrieb tendenziell verbessern, da die Strompreise einen stärkeren Anstieg verzeichneten als die Gaspreise. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zeigte die Stromerzeugung

aus Gas in Deutschland und in Europa gesamt erstmals seit dem Jahr 2011 wieder deutliche Zuwächse.

G 10

**Margen in der Stromerzeugung**



**GESCHÄFTSVERLAUF DES KONZERNS**

**Gesamtaussage des Vorstands**

Im Geschäftsjahr 2016 konnten wir im operativen Kerngeschäft an die erfreuliche Entwicklung der vergangenen Jahre anknüpfen.

Auf der vertrieblichen Seite konnten wir deutliche Absatzsteigerungen in allen Kundensegmenten verzeichnen. Hierzu beigetragen haben insbesondere das Individualkundengeschäft und Neukundengewinne außerhalb unseres Stammgebiets. Zudem wirkte sich die aktuelle Situation an den Beschaffungsmärkten positiv aus.

Im Erzeugungsbereich hatten die anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin einen maßgeblichen Einfluss auf die Ertragslage. Dies wirkte sich unterschiedlich auf unser Kraftwerksportfolio aus. Die wärmegeführten Kraftwerke in Frankfurt am Main lieferten einen soliden Ergebnisbeitrag, der unter anderem durch die KWK-Förderung gestützt wurde. Die umfangreichen Investitionen im Rahmen unseres Wärmeversorgungskonzepts sichern auch zukünftig die Rentabilität dieser Kraftwerke sowohl durch Effizienzsteigerungen als auch durch die Erschließung neuer fernwärmeversorgter Gebiete.

Anders stellt sich dagegen die Situation unserer Gaskraftwerke dar. Nach wie vor führt die vorgeschriebene Einsatzreihenfolge der Kraftwerke am Strommarkt (Merit-Order) dazu, dass hocheffiziente, emissionsarme Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt werden. Da wir aus heutiger Sicht auch in den kommenden Jahren nicht von einer Entspannung ausgehen, mussten wir die Risikovorsorgen in Form von Wertminderungen und Rückstellungen für unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken in Bremen und Irsching deutlich erhöhen.

Unsere Beteiligungen an Energieversorgungsunternehmen haben sich zufriedenstellend entwickelt und lieferten einen maßgeblichen Ergebnisbeitrag. Lediglich bei einer Beteiligung waren Wertberichtigungen in größerem Umfang erforderlich, die für den Rückgang des Segmentergebnisses verantwortlich waren.

Das EBT in Höhe von 159,7 Mio. Euro lag um 57,1 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dabei resultierte ein wesentlicher Ergebnisbeitrag aus der Marktbeurteilung von derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung des Strom-, Gas- und Kohlebezugs. Bereinigt um diesen Effekt belief sich das EBT auf 100,3 Mio. Euro und lag damit deutlich unter dem Vorjahr und unseren Erwartungen. Hierzu haben maßgeblich die genannten Risikovorsorgen und Wertberichtigungen beigetragen, welche unsere zukünftige Ertragskraft stärken. Unabhängig davon tragen kontinuierliche Effizienzsteigerungen bei internen Prozessen, nachhaltige Investitionen in strategische Geschäftsfelder sowie die digitale Ausrichtung unseres Unternehmens dazu bei, dass wir uns auch in Zukunft erfolgreich dem schwierigen Marktumfeld stellen können.

**Absatz**

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

T 01

	Einheit	2016	2015	Veränderung
Strom	Mio. kWh	11.219	10.008	12,1 %
Gas	Mio. kWh	13.237	12.996	1,9 %
Wärme/Kälte	Mio. kWh	1.988	1.868	6,4 %
Wasser	Mio. m <sup>3</sup>	46,7	45,1	3,5 %

Der Anstieg des Stromabsatzes resultierte aus der Gewinnung von Neukunden im Individualkundenbereich. Gegenläufig hat sich der Stromhandel entwickelt.

Auch im Gasgeschäft wirkten sich Kundengewinne im Individualkundenbereich positiv auf den Absatz aus, während beim Gashandel ein Rückgang zu verzeichnen war.

Der gestiegene Wärmeabsatz war insbesondere auf Mengensteigerungen bei Geschäftskunden zurückzuführen. Auch Neukundengewinne und die leicht kühlere Witterung haben zu einem Absatzanstieg geführt.

Der Mengenzuwachs im Wassergeschäft resultierte überwiegend aus der Erschließung von Neubaugebieten und höheren Wasserverbräuchen.

**Erzeugungsmengen**

Im Geschäftsjahr 2016 haben wir in unseren Anlagen folgende Mengen erzeugt:

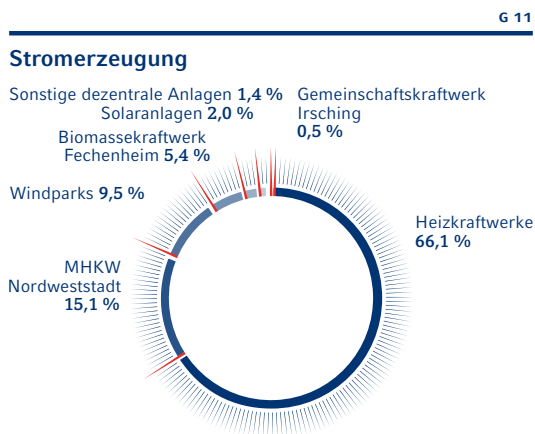
T 02

	Einheit	2016	2015	Veränderung
<b>Mainova</b>				
Strom	Mio. kWh	1.287	1.190	8,2 %
Wärme/Kälte	Mio. kWh	1.885	1.793	5,1 %
<b>Beteiligungen</b>				
Strom	Mio. kWh	285	324	-12,0 %
Wärme / Kälte	Mio. kWh	387	343	12,8 %

Neuanschlüsse führten in Frankfurt am Main zu einem höheren Wärmebedarf. Ferner sind die Wärmeerzeugungsmengen aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr kälteren Witterung gestiegen.

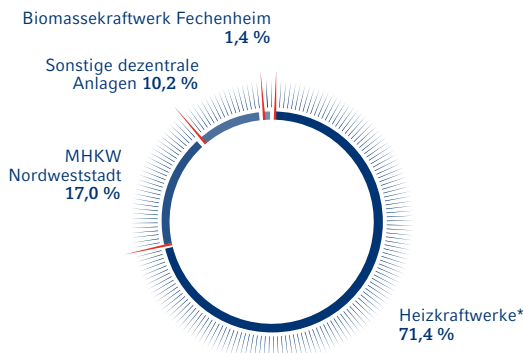
Der Anstieg der Wärmeerzeugungsmengen wirkte sich zudem durch die Koppelproduktion von Wärme und Strom erhöhend auf die Stromerzeugungsmengen aus. Darüber hinaus hatte die KWK-Förderung einen positiven Einfluss. Die Stromerzeugungsmengen unserer Beteiligungen sanken im Wesentlichen aufgrund von Revisionszeiten und einem schwachen Windjahr.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:



G 12

### Wärme- / Kälteerzeugung

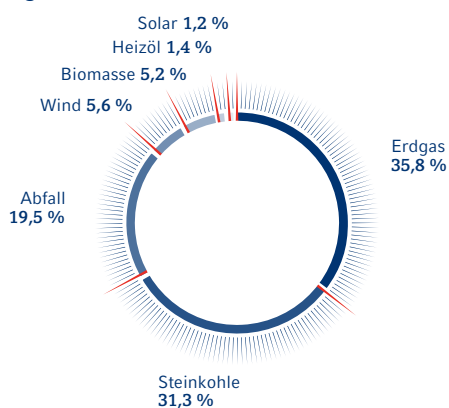


\* inklusive Heiz- / Kältewerk

Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2016 stellte sich wie folgt dar:

G 13

### Energieeinsatz der Kraftwerke



Der Einsatz von Erdgas erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Prozentpunkte, während sich der Anteil von Steinkohle um 4,2 Prozentpunkte verringerte. Der Einsatz von Abfall sank um 2,8 Prozentpunkte.

Im Jahr 2016 emittierten unsere Heizkraft- und Heizwerke unverändert 1,1 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>. Dabei ist der Einsatz von Biomasse und Abfall als Brennstoff als CO<sub>2</sub>-neutral zu bewerten.

### Ertragslage des Konzerns

Das EBT des Konzerns lag bei 159,7 Mio. Euro (Vorjahr 102,6 Mio. Euro). Das Ergebnis war maßgeblich beeinflusst durch Effekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39. Bereinigt um diese Sachverhalte belief sich das EBT auf 100,3 Mio. Euro (Vorjahr 128,9 Mio. Euro). Die Bereinigungen ent-

fielen im Wesentlichen auf die Segmente Strom- und Gasversorgung.

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 03

MIO. €	2016	2015	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	-21,6	-6,0	-15,6
Stromversorgung	18,9	29,2	-10,3
Gasversorgung	75,6	65,5	10,1
Wärmeversorgung	-1,4	2,6	-4,0
Wasserversorgung	1,4	0,8	0,6
Beteiligungen	33,8	46,3	-12,5
Sonstige Aktivitäten / Konsolidierung	-6,4	-9,5	3,1
	<b>100,3</b>	<b>128,9</b>	<b>-28,6</b>

In der Wärme- und Stromerzeugung war das aktuelle Marktumfeld aufgrund des niedrigen Strompreinsniveaus unverändert angespannt. Nach wie vor zeigten unsere wärmegeführten Kraftwerke einen stabilen positiven Ergebnisverlauf. Sie konnten unter anderem von der Änderung der KWK-Gesetzgebung profitieren. Unsere Erwartungen hinsichtlich der zukünftig realisierbaren Spreads führten zu erneuten Wertminderungen und zur Bildung von Rückstellungen für unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken. Hierdurch haben sich insgesamt um 23,5 Mio. Euro höhere Ergebnisbelastungen ergeben, die auch ursächlich für die deutliche Planunterschreitung waren.

Im Segment Stromversorgung war ein Absatzanstieg in allen Kundengruppen zu verzeichnen. Das Vertriebsergebnis lag dabei in etwa auf Vorjahresniveau. Ursächlich für den erwarteten Ergebnisrückgang waren das Netzgeschäft sowie Rückstellungsaufösungen im Vorjahr.

In der Gasversorgung hat die aktuelle Marktentwicklung vertriebsseitig zu einer Ergebnisverbesserung geführt. Darüber hinaus hat sich eine Lieferantengutschrift für Vorjahre ausgewirkt. Auch das Netzgeschäft konnte zulegen. Dies hat zu einer deutlichen Überschreitung des Planergebnisses geführt. Positive Einmaleffekte im Jahr 2015 wirkten im Vorjahresvergleich zum Teil gegenläufig.

Infolge der volatilen Situation an den Beschaffungsmärkten und der indexbasierten Abrechnung verzeichnete die Fernwärmeversorgung entgegen unserer Erwartungen einen leichten Ergebnisrückgang. Eine erfreuliche Entwicklung wies das Energiedienstleistungsgeschäft auf.

Das bereinigte EBT belief sich auf 100,3 Mio. Euro (Vorjahr 128,9 Mio. Euro).



Das Ergebnis in der Wasserversorgung lag aufgrund der Auswirkungen des Kartellverfahrens nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Der leichte Anstieg gegenüber Vorjahr und Plan resultierte aus einer Mengensteigerung sowie einer Preisanpassung zum 1. April 2016, welche die Verluste aus dem Wasserverkauf teilweise reduzierte.

Ursächlich für den starken Ergebnisrückgang und die deutliche Planunterschreitung im Segment Beteiligungen waren vorgenommene Rückstellungsbildungen und Wertminderungen bei einer nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaft. Die übrigen Beteiligungen zeigten einen stabilen Ergebnisverlauf.

Die Ergebnisentwicklung im Segment Sonstige Aktivitäten / Konsolidierung verlief erwartungsgemäß.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der unbereinigten Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

T 04

MIO. €	2016	2015	Veränderung
Strom	1.024,7	1.030,4	-5,7
Gas	497,9	509,4	-11,5
Wärme / Kälte	126,7	126,7	-
Wasser	77,0	69,9	7,1
Netzentgelte	119,9	108,4	11,5
Sonstige	124,4	111,9	12,5
	<b>1.970,6</b>	<b>1.956,7</b>	13,9

Der Umsatzrückgang im Stromgeschäft war insbesondere auf geringere Handelsaktivitäten zurückzuführen. Diese reduzierten sich mehrheitlich aufgrund niedrigerer Börsenpreise für die Stromvermarktung. Gegenläufig entwickelte sich der Stromverkauf, der in allen Kundensegmenten von gestiegenen Absatzmengen profitierte. Die Verminderung der Gaserlöse wurde ebenfalls durch das Handelsgeschäft verursacht. Im Gasvertrieb wirkten sich Preissenkungen aus, die durch Mengensteigerungen bei Individualkunden überwiegend kompensiert werden konnten. Im Wärmegeschäft standen sich Mengenzuwächse und Preisrückgänge in gleicher Höhe gegenüber. Der Anstieg der Wassererlöse war auf höhere Absatzmengen und eine Preisanpassung zurückzuführen. Die Erlöse aus Netzentgelten sind im Strom preisbedingt und im Gas mengenbedingt gestiegen. Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse resultierte unter anderem aus der KWK-Förderung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 51,4 Mio. Euro um 11,0 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau. Dies war vor allem auf geringere Rückstellungsaufösungen insbesondere für vertriebliche und rechtliche Risiken zurückzuführen.

Der Materialaufwand reduzierte sich um 103,5 Mio. Euro auf 1.433,9 Mio. Euro. Dies resultierte überwiegend aus der Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit dem Strom-, Gas- und Kohlebezug. Ferner reduzierten sich korrespondierend zur Umsatzerlösentwicklung die Strom- und Gasbezugsaufwendungen. Der Bezugsaufwand für Kohle ging ebenfalls zurück.

Der Personalaufwand lag mit 207,6 Mio. Euro um 3,0 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dies war auf tariflich bedingte Gehaltsanpassungen zurückzuführen, die teilweise durch den gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert wurden.

Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der partiellen Anpassung von Nutzungsdauern des Anlagevermögens um 10,7 Mio. Euro auf 91,2 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 161,1 Mio. Euro sind um 18,4 Mio. Euro gestiegen. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Rückstellungszuführungen insbesondere im Zusammenhang mit Energiebezugsverträgen sowie für Umweltrückstellungen.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen in Höhe von 32,0 Mio. Euro lag um 26,0 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Zu diesem Ergebnisrückgang führten die bei einer Beteiligung an einem Gaskraftwerk sowie einer weiteren nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaft vorgenommenen Wertminderungen und Rückstellungsbildungen.

Bei nahezu konstanten Finanzerträgen reduzierten sich die Finanzaufwendungen um 5,2 Mio. Euro auf 30,3 Mio. Euro durch geringere Aufwendungen für Darlehenszinsen.

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um 28,0 Mio. Euro auf 49,8 Mio. Euro entfiel im Wesentlichen auf latente Steuern. Diese erhöhten sich insbesondere durch die Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten.

**Vermögenslage des Konzerns**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 41,5 Mio. Euro auf 2.715,7 Mio. Euro.

T 05			
MIO. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
<b>Summe Vermögenswerte</b>			
Langfristige Vermögenswerte	2.266,8	2.269,7	-2,9
Kurzfristige Vermögenswerte	448,9	404,5	44,4
	<b>2.715,7</b>	<b>2.674,2</b>	<b>41,5</b>
<b>Summe Eigenkapital und Schulden</b>			
Eigenkapital	1.028,5	1.012,4	16,1
Langfristige Schulden	1.113,4	1.049,9	63,5
Kurzfristige Schulden	573,9	611,9	-38,0
	<b>2.715,7</b>	<b>2.674,2</b>	<b>41,5</b>

Die langfristigen Vermögenswerte lagen nahezu unverändert auf Vorjahresniveau. Dabei stand dem Anstieg des Sachanlagevermögens aufgrund der Investitionen in das Wärmeversorgungskonzept sowie der Übernahme des Straßenbeleuchtungsnetzes der Stadt Frankfurt am Main insbesondere der Rückgang der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen gegenüber. Dieser resultierte aus Sonderbelastungen und Wertminderungen. Ebenfalls gingen die immateriellen Vermögenswerte durch die Anpassung von Nutzungsdauern zurück. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 83,5 % (Vorjahr 84,9 %). Das langfristige Vermögen wurde zu 45,4 % (Vorjahr 44,6 %) durch Eigenkapital gedeckt. Der Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte entfiel im Wesentlichen auf die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Eigenkapitalquote belief sich wie im Vorjahr auf 37,9 %.

Die Eigenkapitalquote belief sich wie im Vorjahr auf 37,9 %.

Die lang- und kurzfristigen Finanzschulden haben sich durch Darlehensstilgungen um 42,2 Mio. Euro verringert. Bei den langfristigen Schulden führten ein erhaltener Baukostenzuschuss für die Übernahme des Straßenbeleuchtungsnetzes sowie höhere langfristige Rückstellungen zu einer Erhöhung. Für den Rückgang der kurzfristigen Schulden war neben den geringeren Finanzschulden die Verminderung der negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten verantwortlich.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

T 06		
MIO. €	2016	2015
Erzeugungsanlagen	33,3	26,8
Verteilungsanlagen	107,4	68,6
Grundstücke und Gebäude	5,4	2,6
Sonstiges	8,7	12,8
<b>Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen</b>	<b>154,8</b>	<b>110,8</b>
Erwerb von Beteiligungen	-	4,0
	<b>154,8</b>	<b>114,8</b>

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie für Erzeugungsanlagen stellten weiterhin den Schwerpunkt der Investitionen in Sachanlagen dar. Dabei wurden im Rahmen des Wärmeversorgungskonzepts Investitionen in Höhe von 48,7 Mio. Euro (Vorjahr 29,8 Mio. Euro) getätigt, welche auf die Optimierung der Kraftwerke und den Bau von Fernwärmeleitungen entfielen. Darüber hinaus war die Übernahme der Straßenbeleuchtung von der Stadt Frankfurt am Main mit 29,0 Mio. Euro enthalten.

**Finanzlage des Konzerns**

Das Finanzmanagement verantwortet die Sicherung des finanziellen Vermögens der MAINOVA sowie die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Dies stellt die uneingeschränkte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit sicher.

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende Kapitalflussrechnung:

T 07			
MIO. €	2016	2015	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	229,2	171,8	57,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-110,8	-34,0	-76,8
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-120,3	-134,9	14,6
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-1,9</b>	<b>2,9</b>	<b>-4,8</b>
Finanzmittelfonds	17,6	19,5	-1,9
Finanzmittelfonds einschließlich Guthaben aus Cash Pooling	101,5	110,2	-8,7

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 57,4 Mio. Euro und lag bei 229,2 Mio. Euro. Dies war auf höhere Rückstellungen und Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 110,8 Mio. Euro lagen um 76,8 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dies war bedingt durch die geringeren Mittelzuflüsse im Rahmen des Cash Poolings mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr 56,8 Mio. Euro) sowie durch höhere Investitionen.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 120,3 Mio. Euro resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten. Im Vorjahr waren Mittelabflüsse in Höhe von 5,7 Mio. Euro aus der Aufstockung der Anteile an der Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH enthalten.

### Sonstige nicht finanzielle Leistungsindikatoren

#### Kundenzufriedenheit

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen steht für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Bereiche Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt. Der Potenzialindex, der die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten angibt, ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und liegt entsprechend unserer Erwartungen im oberen Drittel.

#### Mitarbeiterzufriedenheit

Zur Erfassung des Stimmungsbildes in der Belegschaft führen wir im Rahmen unserer strategischen Personalarbeit regelmäßige, systematische Erhebungen durch. Bei der diesjährigen Befragung unserer Mitarbeiter stand neben der allgemeinen Arbeitszufriedenheit die Information und Kommunikation im Unternehmen, das Engagement der Belegschaft sowie die Arbeit mit den Ergebnissen der vorherigen Mitarbeiterbefragung im Mittelpunkt. Wie in den Vorjahren konnte mit knapp 72 % erneut eine hohe Beteiligungsquote erreicht werden. Die Ergebnisse der Befragung 2016 haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert und spiegeln eine weiterhin überdurchschnittliche allgemeine Arbeitszufriedenheit und ein hohes Engagement unserer Belegschaft wider. Auch beim Thema Information und Kommunikation zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr positive Entwicklungen. Auch in Zukunft werden wir auf das Instrument der Mitarbeiterbefragung nicht verzichten, da wir hieraus wichtige Erkenntnisse für unsere Personalarbeit ableiten können.

## WESENTLICHE EREIGNISSE

### Ereignisse im Berichtsjahr

Im Geschäftsjahr haben wir den Ausbau unseres Fernwärmenetzes in Frankfurt am Main maßgeblich vorangetrieben. Ein Teilprojekt, die Verbindungsleitung zwischen dem HKW West und HKW Niederrad mit Unterquerung des Mains, konnte abgeschlossen werden.

Unser hochmodernes Gas- und Dampf-Kraftwerk in Irsching, an dem wir mit 15,6 % beteiligt sind, wurde am 1. April 2016 in die Netzreserve überführt. Für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren geht damit ein Vermarktungsverbot einher.

Am 1. Dezember 2016 erfolgte die Inbetriebnahme des Gemeinschaftskraftwerks Bremen, an welchem wir mit 25,1 % beteiligt sind.

### Ereignisse nach Ablauf des Berichtsjahres

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

## MITARBEITER

Wir beschäftigten zum Jahresende 2016 im Konzern 2.658 (Vorjahr 2.686) und bei der MAINOVA AG 2.521 (Vorjahr 2.555) Mitarbeiter. Von diesen befanden sich 7 (Vorjahr 24) in Altersteilzeit (Blockmodell).

Der demografische Wandel mit all seinen Facetten beschäftigt uns auch weiterhin an zahlreichen Stellen. So setzen wir in der Zukunftsplanung stark auf eigene Nachwuchskräfte und deren Förderung, mit dem Ziel, die Abhängigkeit vom externen Arbeitsmarkt zu reduzieren und dem demografischen Wandel aktiv zu begegnen. Das duale Studium ist in diesem Kontext ein Angebot, das wir mit 18 dualen Studenten im Jahr 2017 gezielt ausbauen. Gleiches gilt für die Ausbildung. Im Jahr 2016 standen insgesamt 35 Ausbildungsplätze und somit sieben mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Die ebenfalls in diesem Jahr neu geschaffene Position des Ausbildungsbeauftragten unterstreicht den hohen Stellenwert, den die Ausbildung bei uns genießt. Zu seinen Aufgaben gehört die Koordination aller Maßnahmen rund um die Berufsausbildung zwischen der MAINOVA AG und der SWFH. Zudem behält er Ausbildungstrends wie zum Beispiel neue Berufsbilder im Blick und hält als zentraler Ansprechpartner den Kontakt zu allen Auszubildenden und den Fachbereichen.

Ein Baustein zur Gewinnung weiblicher Nachwuchskräfte ist der Girls Wanted Technik-Cup, der im Oktober 2016 zum zweiten Mal stattfand. Das Event

Wir setzen in der Zukunftsplanung stark auf eigene Nachwuchskräfte und deren Förderung.

wurde im Jahr 2015 gemeinsam mit der SWFH und der Verkehrsgesellschaft Frankfurt mbH ins Leben gerufen, um in einem sportlichen Rahmen das Interesse von Mädchen an technischen Ausbildungsberufen zu fördern. Daneben beteiligen wir uns regelmäßig am bundesweiten Girls'Day, der bei jungen Frauen das Interesse für technische Berufe wecken soll. Im April 2016 erhielten bei uns 20 Schülerinnen die Möglichkeit, im Rahmen abwechslungsreicher Aufgaben in den Werkstätten die gewerblich-technischen Berufe praktisch zu erleben.

Um auch zukünftig Nachwuchs- und Fachkräfte für MAINOVA zu gewinnen und die Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt durch moderne Funktionalität und Technik sicherzustellen, arbeiten wir kontinuierlich an der Optimierung unserer Prozesse. In diesem Zusammenhang haben wir ein neues e-Recruiting-System eingeführt. Dank dieses Systems läuft der gesamte Bewerbungsprozess noch einfacher, übersichtlicher und schneller für alle Beteiligten.

Zur Sicherstellung der Effizienz aller Personalprozesse lassen wir diese jährlich durch die DEKRA Certification GmbH überprüfen. Unser Managementsystem entspricht auch weiterhin den Anforderungen der ISO 9001:2008.

Neben der Prozesseffizienz sowie der Nachwuchsgewinnung und -förderung wird die Qualifizierung unserer Fach- und Führungskräfte systematisch auf- und ausgebaut. Wir bieten unseren Mitarbeitern ein vielfältiges Seminarangebot zur Entfaltung des fachlichen und persönlichen Potenzials. Dieses Angebot wurde um die Themen Selbst- und Zeitmanagement, Entscheidungsfindung und Konfliktmanagement für Frauen ergänzt. Zu den Themen Führungskompetenz und -kommunikation gibt es seit einigen Jahren unterschiedliche Angebote, die im Jahr 2016 fortgeführt und weiterentwickelt wurden. Dazu gehören ein offenes modulares Seminarangebot zu verschiedenen, für uns relevanten Führungsthemen, spezifischen Change Management Seminaren bei Reorganisationsprojekten sowie auf die individuellen Bedarfe zugeschnittenen Coachings. Bedarfsorientierte Seminare für Führungsteams einzelner Bereiche runden das Angebot ab. Zudem bieten alle internen Seminare eine Plattform zur Förderung der Vernetzung und zur Sensibilisierung für das Thema Wissenstransfer. Bedingt durch den demografischen Wandel gewinnen auch diese Themen zunehmend an Bedeutung.

Als wichtiges Instrument des innerbetrieblichen Dialogs dient das Mitarbeiterforum. Dieses hat mittlerweile bei uns Tradition. Es belebt den regelmäßigen Austausch zwischen Mitarbeitern, Vorstand

und Betriebsrat und wird regelmäßig an verschiedenen Standorten durchgeführt.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wesentliches Element der Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung sowie der Attraktivität unseres Unternehmens als Arbeitgeber. Das Ergebnis unserer Aktivitäten in diesem Bereich spiegelt sich im Zertifikat „berufundfamilie“ wider, das wir seit dem Jahr 2012 tragen. Im Rahmen des laufenden Rezertifizierungsprozesses der berufundfamilie GmbH haben wir im Jahr 2016 neun Teilprojekte erfolgreich abgeschlossen. Ein wichtiges Thema ist beispielsweise der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Mitarbeiter.

Vor dem Hintergrund der Beschäftigungsfähigkeit aller Mitarbeiter stand im Jahr 2016 das betriebliche Gesundheitsmanagement im Fokus unserer Aktivitäten. Dafür wurden wir mit der Auszeichnung der Initiative „Gesunde Unternehmen“ belohnt. Wir gelten als eines der aktivsten Unternehmen auf diesem Gebiet. Zum zertifizierten Angebot gehören die betriebliche Gesundheitsförderung und -prävention sowie die Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Preis „Deutschlands aktivste Unternehmen 2016“ ehrte in diesem Jahr zum ersten Mal auf Bundesebene in Berlin Unternehmen, die vorbildliche Maßnahmen zur Förderung der Mitarbeitergesundheit in der Unternehmensphilosophie und in den Arbeitsalltag integriert haben. Der Fokus liegt auf unseren Maßnahmen in den vier Aktionsfeldern „Gesunder Arbeitsplatz“, „Gesundes Miteinander“, „Gesunder Ausgleich“ und „Gesunde Ernährung“.

Wir haben im Jahr 2016 die Charta der Vielfalt unterzeichnet und uns damit der Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angeschlossen. Als Charta-Unterzeichner verpflichten wir uns, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist, eine von Respekt und Wertschätzung geprägte Unternehmenskultur zu pflegen sowie Vielfalt im Rahmen von Personalstrategie und Organisationsentwicklung zu fördern.

## Prognose-, Chancen- und Risikobericht

### PROGNOSEBERICHT

#### Gesamtaussage des Vorstands über die Unternehmensentwicklung

Neue Technologien und Kundenanforderungen stellen bestehende Geschäftsmodelle kontinuierlich vor Her-

Das betriebliche Gesundheitsmanagement wurde von der Initiative „Gesunde Unternehmen“ ausgezeichnet.

ausforderungen. Hierdurch entstehen zahlreiche Entwicklungspotenziale und Marktchancen. Gleichzeitig müssen jedoch die traditionellen Geschäftsmodelle an die geänderten Bedingungen angepasst werden. Dies erfordert hohe Investitionen in Erzeugungsanlagen und Netze, während entlang der gesamten Wertschöpfungskette der bisherigen Kerngeschäftsfelder ein erheblicher Margendruck spürbar ist.

Der Wettbewerb, insbesondere in den Segmenten Strom- und Gasversorgung, hat in allen Kundengruppen in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Wir erwarten auch weiterhin einen sukzessiven Preisverfall durch Anbieter, die mit Niedrigpreisprodukten um die Verbraucher werben. Vor dem Hintergrund der kontinuierlich steigenden gesetzlichen Abgaben werden vor allem Privat- und Gewerbekunden preisbewusster.

Im Bereich der Geschäfts- und Individualkunden ist das Kostenbewusstsein in den letzten Jahren bereits stark gestiegen und wird auch weiterhin auf einem anspruchsvollen Niveau erwartet. Kundenseitig findet eine zunehmende Professionalisierung des Einkaufs unter anderem durch die Beauftragung externer Energieberater statt. Zudem gehen immer mehr Verbraucher dazu über, Strom selbst zu erzeugen anstatt diesen einzukaufen. Dadurch findet ein Wandel vom Konsumenten zum sogenannten Prosumer statt, das heißt zum Produzenten und Konsumenten in einem. Hier ergänzen wir kontinuierlich unsere Angebotspalette, um den Kunden die gewünschte Leistung anbieten zu können.

Für den Erzeugungsbereich hat sich die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept anspruchsvolle Ziele gesetzt. Mithilfe der neuen Regelungen zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung dieser Ziele geleistet werden. Aktuell führt die Situation an den Energiemärkten weiterhin zu nicht auskömmlichen Margen aus der Stromproduktion. Dieser Entwicklung können wir jedoch mit Erlösen aus der KWK-Förderung entgegenwirken, die in Verbindung mit der Finalisierung des Wärmeversorgungskonzepts zu einer deutlichen Ergebnissteigerung beitragen.

Im Hinblick auf unsere Beteiligung an Gaskraftwerken in Bremen und Irsching führt das prognostizierte Marktpreisniveau nach wie vor zu einer unbefriedigenden Situation. Das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching befindet sich seit dem 1. April 2016 in der Netzreserve. Mit der weiteren Aufstockung unserer Risikovorsorgen tragen wir dieser Entwicklung Rechnung.

Im Netzbereich resultieren Ergebnisrisiken aus den rechtlichen Vorgaben wie beispielsweise der Reduktion der Eigenkapitalverzinsung. Ferner ist das Netzgeschäft von der Einführung intelligenter Messsysteme (Smart Meter) beeinflusst.

Wir erwarten für das kommende Geschäftsjahr eine stabile Ertragslage sowie einen weiteren Abbau der Finanzschulden. Unsere Investitionstätigkeit wird weiterhin durch die Umsetzung des Wärmeversorgungskonzepts geprägt sein.

#### **Konjunkturelle Entwicklung**

Für das Jahr 2017 prognostizieren die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute weiterhin einen moderaten Aufschwung für die deutsche Wirtschaft. Die Auswirkungen des Brexit in Großbritannien und des Präsidentenwechsels in den USA sind jedoch noch nicht absehbar. Die Prognosen gehen von einem Wachstum des preisbereinigten BIP um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr aus. Die Exporte werden durch die positive Entwicklung der Weltkonjunktur steigen. Allerdings dürften die Importe im Zuge der binnenwirtschaftlichen Dynamik verbunden auch mit einer höheren Investitionstätigkeit etwas stärker zulegen. Vom Arbeitsmarkt sollten bei einer stabilen Arbeitslosenquote kaum Impulse ausgehen.

#### **Entwicklung der Energiepreise und des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels**

Wir rechnen nach der einsetzenden Erholung der Energiepreise im vergangenen Jahr bei einer weiterhin hohen Volatilität zunächst mit einer Seitwärtsbewegung und im späteren Jahresverlauf mit moderat steigenden Energie- und CO<sub>2</sub>-Preisen. Das weitere Aufwärtspotenzial dürfte dabei mittelfristig aber begrenzt bleiben, da wir auch im kommenden Jahr von einer insgesamt entspannten Versorgungslage an den Brennstoffmärkten und einem flexibel auf die höheren Brennstoffpreise reagierenden Angebot am Weltmarkt ausgehen. Die Entwicklung an den Commodity-Märkten ist für uns bezogen auf das Jahr 2017 von untergeordneter Bedeutung, da wir die Mengen überwiegend schon kontrahiert haben.

#### **Geschäfts- und Ergebnisentwicklung**

Unsere Planung für das Geschäftsjahr 2017 zeigt einen leichten Ergebnisanstieg. Hierzu tragen neben einer permanenten Verbesserung unserer operativen Geschäftstätigkeit die Finalisierung unserer Großinvestitionen in den Frankfurter Kraftwerkspark sowie der Ausbau unseres Fernwärmenetzes bei.

Der Wettbewerb, insbesondere in den Segmenten Strom- und Gasversorgung, hat in allen Kundengruppen in den vergangenen Jahren stetig zugenommen.

Im Konzernabschluss stellt sich die erwartete Entwicklung des bereinigten EBT des Jahres 2017 nach Segmenten wie folgt dar:

T 08	
MIO. €	2017 (Plan)
Wärme- und Stromerzeugung	deutlich über Vorjahr
Stromversorgung	auf Vorjahresniveau
Gasversorgung	deutlich unter Vorjahr
Wärmeversorgung	leicht über Vorjahr
Wasserversorgung	auf Vorjahresniveau
Beteiligungen	auf Vorjahresniveau
<b>Konzern</b>	<b>leicht über Vorjahr</b>

Im Segment Wärme- und Stromerzeugung führt die Situation an den Energiemärkten zu weiteren Rückgängen der Margen aus der Stromproduktion. Diesem Effekt stehen jedoch Erlöse aus der KWK-Förderung gegenüber, die in Verbindung mit der Finalisierung des Wärmeversorgungskonzepts zu einer deutlichen Ergebnissteigerung beitragen. Zudem gehen wir von geringeren Sonderbelastungen durch Wertminderungen und Rückstellungen für unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken aus.

In den Kernsegmenten Strom- und Gasversorgung erwarten wir im Geschäftskundenbereich eine Steigerung des Absatzes. Auch im Privatkundenbereich rechnen wir mit einer insgesamt wachsenden Kundenzahl insbesondere in den Vertriebsgebieten außerhalb unseres Netzgebiets. Die damit einhergehenden Programme zur Kundenbindung beziehungsweise -gewinnung führen jedoch zunächst zu einer Ergebnisbelastung. Im Netzgeschäft reduzieren sich die Ergebnisbeiträge aufgrund von Senkungsvorgaben aus der Anreizregulierungsverordnung. Des Weiteren sind für die Einführung intelligenter Messsysteme Vorkehrungen zu treffen, die sich kostenseitig niederschlagen. Im Segment Stromversorgung gehen wir insgesamt von einem Ergebnis auf Vorjahresniveau aus. Im Segment Gasversorgung wirken sich zudem Preissenkungen aus, die zu einem deutlichen Ergebnisrückgang führen.

In der Wärmeversorgung kann infolge vertrieblicher Mengensteigerungen eine moderate Ergebnisverbesserung erzielt werden. Auch der sukzessive Ausbau des Geschäfts mit Energiedienstleistungen dürfte sich leicht positiv bemerkbar machen.

Für die Segmente Wasserversorgung und Beteiligungen erwarten wir jeweils ein Ergebnis auf Vorjahresniveau.

Wir gehen davon aus, dass unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit im Jahr 2017 in Höhe des Vorjahres liegen.

### Investitionen und Finanzlage

Der Fokus unserer zukünftigen Investitionen liegt auf ressourcenschonender, effizienter Energieerzeugung und zuverlässiger Energieversorgung. Dabei bedarf es verlässlicher gesetzlicher, energiepolitischer und regulatorischer Rahmenbedingungen.

Die geplanten Investitionen verteilen sich wie folgt:

T 09	
MIO. €	2017
Erzeugungsanlagen	33
Verteilungsanlagen	61
Sonstiges	32
<b>Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen</b>	<b>126</b>
Erwerb von Beteiligungen	10
<b>Investitionen gesamt</b>	<b>136</b>

Unser Investitionsschwerpunkt liegt weiterhin auf der Umsetzung unseres Wärmeversorgungskonzepts und den damit verbundenen Investitionen in unser Fernwärmenetz sowie in die bestehenden Erzeugungsanlagen.

Durch die hohen Investitionen in den Ausbau und den Erhalt unserer Versorgungsnetze gewährleisten wir zudem ein hohes Maß an Versorgungszuverlässigkeit und -qualität im Interesse unserer Kunden. Darüber hinaus werden Investitionen in diverse Umspannwerke sowie in intelligente Messsysteme getätigt.

Der Erwerb von Beteiligungen entfällt im Wesentlichen auf Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien. Dabei planen wir vorwiegend Investitionen in Onshore-Windkraftanlagen. Mit unserer Erzeugungsstrategie verfolgen wir das Ziel des Ausbaus von erneuerbaren Energien weiter und überprüfen dieses kontinuierlich nach ökonomischen und ökologischen Kriterien.

Wir gehen davon aus, dass unsere Investitionen auch im Jahr 2017 vollständig durch vorhandene Finanzmittel gedeckt werden können.

### CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

#### Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ist ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Die in allen Unternehmenseinheiten identifizierten Chancen und Risiken werden dabei gemäß dem bestehenden Regelwerk zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr stellte sich die Chancensituation nahezu unverändert

Unser Investitionsschwerpunkt liegt weiterhin auf der Umsetzung unseres Wärmeversorgungskonzepts.

dar, wobei sich der Umfang der Risiken im gleichen Zeitraum erhöhte. Dennoch sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

**Risikomanagementsystem**

Die Risikoeinschätzungen werden über ein systematisches Risikomanagement abgebildet. Dieses verstehen wir als methodische Identifizierung, adäquate Bewertung sowie Steuerung von Chancen und Risiken. Risiko ist hierbei als eine negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir eine Chance als positive Abweichung vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für die Chancen- und Risikobewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

Zur Deckung der Risiken wird eine Risikotragfähigkeit ermittelt, welche auf dem Eigenkapital und dem geplanten Ergebnis des jeweiligen Geschäftsjahres basiert. Die Risikosteuerung erfolgt, insbesondere in Bezug auf die Marktrisiken, anhand eines Limitsystems, das die Gegenüberstellung von Risiken und der entsprechenden Tragfähigkeit beinhaltet.

Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen Markt-, Unternehmens- sowie Liquiditätschancen beziehungsweise -risiken. Marktchancen und -risiken entstehen sowohl durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten als auch infolge von Geschäftspartnerausfällen im Rahmen der Wiederbewirtschaftung von Geschäften sowie bei Zahlungsausfällen.

Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf alle Sachverhalte, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen, exklusive der Markt- und Liquiditätsrisiken. Hierzu zählen unter anderem Sachverhalte, die aus einer unzureichenden Einschätzung der branchenspezifischen Marktentwicklung im Hinblick auf Gesetzgebung und Markttrends resultieren, negative Abweichungen zur verabschiedeten Wirtschaftsplanung sowie operationelle Risiken. Unter letzteren sind betriebliche, nicht eindeutig quantifizierbare Risiken zu verstehen, die durch Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Hierzu zählen auch Compliance-Risiken.

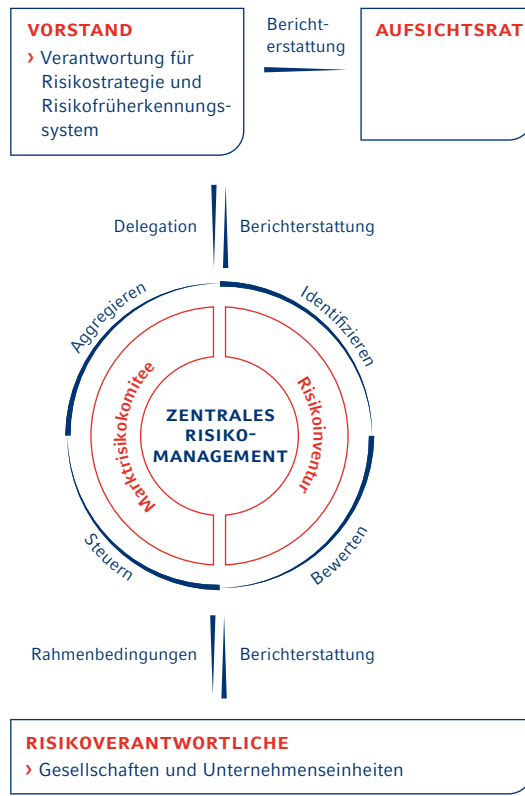
Unter Liquiditätsrisiken fällt das Finanzierungsrisiko, dass benötigte Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschafft werden können. Die Beschreibung dieser Risiken wird im Folgenden aus Gründen der Vereinfachung im Rahmen der Unter-

nehmensrisiken unter „Finanzen und Beteiligungen“ aufgeführt.

Das Risikomanagementsystem der MAINOVA stellt sich wie folgt dar:

G 14

**Risikomanagementsystem**



Durch die Risikoinventur werden alle Risiken und Chancen von unseren Unternehmenseinheiten und den einbezogenen Tochterunternehmen systematisch und eigenverantwortlich erfasst und bewertet. Die Einheiten sind dafür verantwortlich, wirksame Maßnahmen zu initiieren, die Risiken vermeiden, reduzieren und kontrollieren. Daneben stellen sie die Nutzung von Chancen sicher.

Das Monitoring der Marktchancen und -risiken aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb und Erzeugung erfolgt in monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK) unter Teilnahme von Vorstand und Führungskräften.

Der Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ steuert und koordiniert das zentrale Risikomanagement und verantwortet die Berichterstattung über die Chancen- und Risikolage an Vorstand sowie Aufsichtsrat. Unvorhergesehene wesentliche

Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmenseinheiten ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG).

### Marktchancen und -risiken

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu schwer prognostizierbaren Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten. Dies birgt vielfältige Chancen und Risiken auf der Beschaffungs- und der Absatzseite sowohl bei der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie.

Der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren und schwankenden Energiequellen hat zu einem Verfall der Preise am Großhandelsmarkt geführt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen immer seltener zum Einsatz. Niedrige Strompreise und geringere Betriebsstunden beeinträchtigen die Erlöspotenziale aus unseren Erzeugungsanlagen. Dieser Marktentwicklung begegnen wir mit einer langfristigen und risikodiversifizierten ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung unterliegt.

Um Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung abzusichern, setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig werden zur Sicherung der Stromerlöse Vermarktungsgeschäfte (Forwards) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

Die Strom- und Gasmengen für unser Vertriebsportfolio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Preisrisiken minimieren wir an dieser Stelle durch eine diversifizierte Beschaffung. Diese Strategie gewährleistet zum einen marktorientierte Beschaffungskonditionen, zum anderen schließt sie spekulative Elemente aus.

In einem stark begrenzten und regelmäßig überwachten Umfang betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge als auch das Risiko des Abschlusses von verlustreichen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Konzernanhang.

Um Marktrisiken zu minimieren, haben wir klare Strategien und Rahmenbedingungen definiert, in deren Grenzen wir Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie finanzielle Sicherungs- und Eigenhandels-geschäfte durchführen können. Die Basis hierfür bildet das Risikomanagementhandbuch, das vom MRK freigegeben und regelmäßig überprüft wird.

Die Grundlage für die Risikosteuerung ist ein von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Kennzahl zur Steuerung der Risiken ist das Risikokapital beziehungsweise der Value-at-Risk (VaR). Die Auslastung des Risikokapitals berücksichtigt Handelsaktivitäten für das aktuelle sowie für die drei folgenden Geschäftsjahre. Der VaR zeigt dabei zudem mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus noch offenen Positionen des Energiehandelsportfolios der aktuellen Bewirtschaftungszeiträume entstehen können. Darüber hinaus werden Volumen- und absolute Verlustlimits als Steuerungsgröße definiert. Zum 31. Dezember 2016 belief sich die Auslastung des Risikokapitals inklusive des VaR auf rund 9 Mio. Euro, was einer Ausschöpfung des Limits von rund 18 % entspricht.

### Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken umfassen, wie voranstehend beschrieben, eine Vielzahl an Sachverhalten, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen. Wir teilen sie entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht und Compliance ein.

Der Erwartungswert aller gemeldeten Risiken entfällt mit 25 % auf den Vertrieb, mit 24 % auf Beteiligungen, mit 22 % auf Netz- und Regulierungsrisiken, mit 5 % auf die Erzeugung und mit 24 % auf sonstige Risiken. Der Erwartungswert nach bereits eingeleiteten Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf rund 34 Mio. Euro.

### Erzeugung

Aus dem Kraftwerksbetrieb können sich trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung Risiken aufgrund von technischen Störungen oder des Ausfalls von Anlagen ergeben. Die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen reduziert diese Risiken. Bei auftretenden Schäden und Aus-

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu schwer prognostizierbaren Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten.



fällen werden die finanziellen Auswirkungen in begrenztem Ausmaß durch abgeschlossene Versicherungen verringert. Mögliche Produktionsausfallkosten sind nicht versichert.

Durch die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben sich neben den Risiken aus fallenden Strompreisen und damit sinkenden Erzeugungsmengen und Erlösen auch Chancen. Durch Optimierungsmaßnahmen steigern wir die Effizienz und Flexibilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. Wir qualifizieren unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am sogenannten Minutenreserve- und Sekundärregelmarkt. Diese sind somit in der Lage, Netzschwankungen kurzfristig auszugleichen und dadurch zusätzliche Deckungsbeiträge zu generieren. Zudem haben wir die Stromvermarktung unseres Kraftwerksparks durch den Intraday-Handel kurzfristig verfügbarer Erzeugungskapazitäten optimiert.

Eine weitere Optimierungsmaßnahme zur Steigerung der Rentabilität des Kraftwerksparks ist die Umsetzung des Wärmeversorgungskonzepts. Der daraus mittelfristig entstehende Wärmeverbund zwischen den Frankfurter Erzeugungsanlagen gewährleistet eine effizientere Nutzung der Erzeugungskapazitäten und flexiblere Einsatzmöglichkeiten der Anlagen, wodurch wir die Fahrweise optimieren. Dies führt wiederum zu Brennstoffeinsparungen. Das Konzept ermöglicht darüber hinaus Neukundenanschlüsse mit erheblichem Leistungszuwachs und einer damit einhergehenden Verbesserung der Ertragslage. Dem stehen mögliche Projektrisiken aus zeitlichen Verzögerungen oder Budgetüberschreitungen gegenüber, die sich aufgrund des Baufortschritts jedoch kontinuierlich reduzieren. Ein Teilprojekt, die Verbindungsleitung zwischen dem HKW West und HKW Niederrad mit Unterquerung des Mains, konnte bereits abgeschlossen werden. Die Fertigstellung des Gesamtprojekts ist im Jahr 2017 geplant.

Wir haben bereits in den vergangenen Jahren in regenerative Erzeugungsanlagen investiert. Unser Engagement konzentrierte sich überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaikanlagen und Onshore-Windparks. In Bezug auf zukünftige Entscheidungen zu Investitionen in regenerative Erzeugungsanlagen sind zuverlässige politische Rahmenbedingungen als wirtschaftliche Grundlage erforderlich. Aufgrund der aktuellen Marktsituation können mit dem Erwerb von schlüsselfertigen Projekten unsere Renditeanforderungen nicht mehr erfüllt werden. Um dem zu begegnen, prüfen wir derzeit Möglichkeiten eigener Wertschöpfung bei der Projektentwicklung und beim Anlagenbetrieb.

Das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching, an dem wir mit 15,6 % beteiligt sind, wurde nach Auslaufen des Redispatch-Vertrags mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT im April 2016 in die Netzreserve überführt und darf währenddessen nicht mehr am Markt eingesetzt werden. Der neue Rechtsrahmen der Netzreserveverordnung sieht Betriebsbereitschaftsauslagen für die Vorhaltung des Kraftwerks vor sowie eine Vergütung des anteiligen Werteverbrauchs in Abhängigkeit der aufgerufenen Betriebsstunden. Eine Erstattung der Kapitalkosten ist jedoch nicht vorgesehen, wodurch eine volle Kostendeckung des Gemeinschaftskraftwerks in Irsching auch im Rahmen der Netzreserve nicht gewährleistet ist. Insgesamt ist die Höhe der Kosten-erstattungen noch nicht abschließend geklärt.

Das Gemeinschaftskraftwerk in Bremen, an dem wir mit 25,1 % beteiligt sind, hat im Dezember 2016 den Betrieb aufgenommen. Aufgrund der angespannten Marktlage sehen wir derzeit jedoch nur geringe Einsatzmöglichkeiten, was die Rentabilität des Kraftwerks maßgeblich beeinträchtigt.

Das Gemeinschaftskraftwerk in Bremen, an dem wir mit 25,1 % beteiligt sind, hat im Dezember 2016 den Betrieb aufgenommen.

Den Risiken aus den Gaskraftwerken in Irsching und Bremen haben wir durch Bildung von Risikovorsorgen Rechnung getragen.

#### Vertrieb

Aus dem sich weiter intensivierenden Wettbewerb in den Privat- und Geschäftskundenmärkten ergeben sich für uns sowohl Chancen als auch Risiken in der Strom- und Gasversorgung. Die Chancen nutzen wir, indem wir unser Vertriebsgebiet gezielt und fokussiert erweitern und so neue Kunden gewinnen. Darüber hinaus ist die Pflege unserer Bestandskunden ein wichtiger Baustein, um unsere bisherigen Marktanteile zu sichern und somit das Risiko von Mengenverlusten zu mindern. Dabei übernehmen wir für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von dem durchschnittlichen Witterungsverlauf der vergangenen zehn Jahre aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. Im Jahr 2016 war ein leicht über dem Durchschnitt liegender Witterungsverlauf zu verzeichnen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in den vergangenen Jahren in verschiedenen Urteilen gegen Energieversorgungsunternehmen Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die bisher als rechtssicher geltende Übernahme der gesetzlichen Preisanpassungsregelungen wurde durch den Europäischen

Gerichtshof verworfen. Preisanpassungsklauseln in den Segmenten Strom-, Gas- und Wärmeversorgung waren mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Bis heute liegt kein gerichtliches Urteil vor, das unsere Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die jüngste AGB-rechtliche BGH-Rechtsprechung zu Dauerschuldverhältnissen hat sich für die Energieversorgungsbranche gefestigt. Rechtsprechung, die konkret unsere vertraglichen Vereinbarungen mit Vorlieferanten oder Abnehmern betrifft, gibt es nach wie vor nicht. Während sich die Rechtssicherheit in vertraglicher Hinsicht damit etwas verbessert hat, gibt es zum Beispiel bei der Frage, in welchem Umfang die Wälzung von Steuern und Umlagen möglich ist, noch grundlegende offene Fragen.

#### Netz und Regulierung

Regulatorische Risiken ergeben sich insbesondere aus den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einschließlich der Verordnungen sowie den Festlegungen der BNetzA zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber. Diese Vorgaben zwingen die Netzbetreiber dazu, die Kosten zu senken und gleichzeitig weiterhin eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Am 17. Februar 2016 hob das OLG Düsseldorf mit einem Beschluss die Festlegung des Qualitätselements durch die BNetzA auf. Nachdem hiergegen keine Rechtsbeschwerde erfolgte, wurde die Entscheidung rechtskräftig. Seither strebt die BNetzA eine Vereinbarung an, auf deren Grundlage eine rechtskonforme Erlösobergrenze festgelegt werden kann. Dies wird zu einer nachträglichen Erhöhung der Erlösobergrenze führen, die genaue Höhe ist jedoch noch nicht bekannt.

Das im September 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende regelt die technischen Anforderungen an intelligente Messsysteme, deren Datenkommunikation sowie die Finanzierung. Auf dieser Grundlage ist im Strombereich die Pflicht vorgesehen, dass stufenweise und flächendeckend moderne Messeinrichtungen eingebaut werden. Im Gasbereich sind grundsätzlich Messeinrichtungen einzubauen, welche die Kommunikation mit den Messsystemen über ein elektronisches Netzwerk ermöglichen. Mittelfristig kann dies zu erhöhten Kosten und technischen sowie rechtlichen Herausforderungen führen. Hierbei kommen zunächst auf den Netzbetrieb, voraussichtlich aber auch auf den Energievertrieb neue Anforderungen zu. Hieraus ergeben sich jedoch auch Chancen für neue individuelle Produkte.

Am 17. September 2016 trat die novellierte Anreizregulierungsverordnung in Kraft. Zentraler Bestandteil ist die Einführung des Kapitalkostenabgleichs zur dritten Regulierungsperiode, mit dem der Verordnungsgeber das Ziel verfolgt, die Investitionsbedingungen für die Verteilnetzbetreiber zu verbessern. Dies beinhaltet unter anderem, dass Kapitalkostensteigerungen aus Investitionen nach dem Basisjahr auf Antrag mittels des Kapitalkostenaufschlags in den Erlösobergrenzen berücksichtigt werden können. Der Kapitalkostenaufschlag kann jährlich vom Netzbetreiber jeweils zum 30. Juni für das Folgejahr beantragt werden.

Bei der rechtlichen Sicherung zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Bei auslaufenden Verträgen besteht auch in der Rhein-Main-Region ein hoher Anreiz für Wettbewerber, Angebote zu platzieren. Als Wettbewerber treten in der Regel andere Energieversorgungsunternehmen aus der Region auf. Diese wollen ihr Netzgeschäft ausweiten oder verlorene Konzessionen kompensieren. Auch wir bewerben uns um weitere Strom- und Gaskonzessionen in einem definierten Radius rund um Frankfurt.

Neben der direkten Vergabe der Wegenutzungsverträge tendiert ein Teil der Kommunen dazu, die Konzessionen an eine Netzeigentums-gesellschaft zu vergeben, an der sie selbst als Mehrheitsgesellschafter beteiligt sind. Minderheitsgesellschafter wird in der Regel der bisherige Konzessionär. Der operative Netzbetrieb erfolgt dann weiterhin durch den bisherigen Netzbetreiber, mit dem die Netzeigentums-gesellschaft einen Pachtvertrag abschließt. Dieser Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

#### Finanzen und Beteiligungen

Unter „Finanzen und Beteiligungen“ erfassen wir finanzielle und steuerliche Risiken sowie Chancen und Risiken aus Beteiligungen. Die finanziellen Risiken umfassen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken und Forderungsausfallrisiken.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Durch die Einbindung in das systematische Liquiditätsma-

Wir bewerben uns um weitere Strom- und Gaskonzessionen in einem definierten Radius rund um Frankfurt.

nagement der SWFH wirken wir diesen Risiken entgegen. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, Termingelder zu vereinbaren, um Liquiditätsunterdeckungen zu vermeiden. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei uns bestehen diese Risiken für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Zinsänderungsrisiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zins-Swaps abgeschlossen.

Forderungsausfallrisiken bestehen bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement sowie anforderungsgerechte Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling überwacht durch die turnusmäßige Berichterstattung die Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Darüber hinaus führen wir insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, führen wir eine Werthaltigkeitsprüfung durch.

#### Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um Risiken aus der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung und -förderung. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen Risiken treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

#### Recht und Compliance

Rechtliche Risiken können sich aus veränderter Rechtslage durch Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Änderungen mit Auswirkung auf unser Kerngeschäft haben wir im Abschnitt Rahmenbedingungen dargestellt.

Compliance-relevante Vorgänge umfassen Verstöße gegen interne Richtlinien und Verhaltensregeln sowie gesetzliche Vorgaben. Neben den typischerweise bei Compliance angesiedelten Risiken aus Korruption und Missachtung von Datenschutz-, Umweltschutz- oder Arbeitssicherheitsbestimmungen sind weitere Risikofelder getreten. Diese betreffen Geldwäsche, Insiderhandel und Marktmissbrauch. Um Compliance-Risiken zu vermindern, führt das Compliance-Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen. Dadurch soll erreicht werden, dass sich MAINOVA und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise ein Verhaltenskodex und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem ist sichergestellt, dass für die betroffenen Compliance-Risiken soweit möglich ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

## Sonstige Angaben

### **INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN KONZERNRECHNUNGSLEGUNGSPROZESS NACH §§ 289 ABS. 5 UND 315 ABS. 2 NR. 5 HGB**

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige,

Risiken im IT-Bereich treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen.

korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlagen hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer und qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten überprüfen wir regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätskontrollen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der MAINOVA AG zum Konzernabschluss zusammen. Die MAINOVA AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzernerheitlichen Kontenrahmen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der MAINOVA AG. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen regelmäßig überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

## GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DEN VORSTAND

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltstfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB). Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB) während des Performancezeitraums. Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponen-

ten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Im Rahmen der Vergütungsanpassung in 2016 wurde anlässlich der Reduzierung der Vorstandsmitglieder die nachfolgende Vergütungsregelung vereinbart: Im Fall der Erhöhung der Anzahl der Vorstandsmitglieder der MAINOVA AG auf mehr als drei werden mit Ablauf des Kalenderhalbjahres, in dem die Erhöhung der Vorstandsmitglieder wirksam wird, das feste Jahresgehalt und die Zieltantieme (kurzfristige variable Vergütungskomponente) sowie der garantierte Teil der Zieltantieme um einen jeweils fest definierten Betrag gekürzt. Der Aufsichtsrat wird spätestens mit Wirksamwerden der Kürzung die betroffenen Vergütungselemente wohlwollend überprüfen.

Die Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanswartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

#### **ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN NACH §§ 289 ABS. 4 UND 315 ABS. 4 HGB**

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem AktG. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin SWFH 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.145 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga AG (Thüga), München, werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit sie nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 Mitbestimmungsgesetz eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 12,0 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. In diesem Fall würde die Liquidität der Gesellschaft belastet. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden.

Die MAINOVA AG hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 15a (DRS 15a) liegt ein Kontrollwechsel

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien eingeteilt.

im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder anderweitig keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerkes am Kraftwerksstandort Irsching. Hierin haben die Vertragsparteien vereinbart, sich im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die Gesellschaft einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der MAINOVA AG oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH sieht die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss vor, wenn der Gesellschafter nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der Ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellschafterver-

sammlung den Ausschluss eines Mitgesellschafters beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA AG innehat (Kontrollwechsel) oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA AG der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der Stadtwerke Frankfurt unterstellt (Beherrschungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 Satz 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA AG dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

#### **ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289A UND § 315 ABS. 5 HGB**

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB kann im Internet ([www.mainova.de/governance-bericht](http://www.mainova.de/governance-bericht)) eingesehen werden.

#### **Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)**

Die MAINOVA AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie nach den ergänzenden Vorschriften des AktG und des EnWG auf.

Die MAINOVA AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die MAINOVA AG zu.

#### **WIRTSCHAFTSBERICHT DER MAINOVA AG**

##### **Ertragslage der Mainova AG**

Nachfolgend wird die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG  
(Kurzfassung)

T 10

MIO. €	2016	2015	Veränderung
Umsatzerlöse	2.051,4	2.007,6	43,8
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	2,8	2,6	0,2
Sonstige betriebliche Erträge	49,7	111,2	-61,5
Materialaufwand	1.559,1	1.595,7	-36,6
Personalaufwand	195,7	194,7	1,0
Abschreibungen	73,5	65,6	7,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	167,1	155,5	11,6
Finanzergebnis	1,9	0,3	1,6
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)</b>	<b>110,4</b>	<b>110,2</b>	<b>0,2</b>
Steuern	34,7	33,2	1,5
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	75,7	77,0	-1,3
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Im Geschäftsjahr 2016 konnten wir an die erfreuliche Entwicklung der vergangenen Jahre anknüpfen. Das EBT in Höhe von 110,4 Mio. Euro lag nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau und deutlich über Plan. Dies war vor allem auf unser stabiles operatives Kerngeschäft zurückzuführen.

Auf der vertrieblichen Seite konnten wir deutliche Absatzsteigerungen in allen Kundensegmenten verzeichnen. Hierzu beigetragen haben insbesondere das Individualkundengeschäft und Neukundengewinne außerhalb unseres Stammgebiets. Zudem wirkten sich die aktuelle Situation an den Beschaffungsmärkten sowie geringere außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen positiv aus.

Das EBT der MAINOVA AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 11

MIO. €	2016	2015	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	-11,9	-22,8	10,9
Stromversorgung	21,3	27,2	-5,9
Gasversorgung	87,9	73,9	14,0
Wärmeversorgung	-3,2	1,1	-4,3
Wasserversorgung	1,6	1,3	0,3
Beteiligungen	15,2	24,1	-8,9
Sonstige Aktivitäten / Konsolidierung	-0,5	5,4	-5,9
	<b>110,4</b>	<b>110,2</b>	<b>0,2</b>

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Segmenten entsprach im Wesentlichen den in der Ertragslage des Konzerns dargestellten Entwicklungen der bereinigten Segmentergebnisse. Abweichend hiervon führte in der MAINOVA AG im Segment Wärme- und Stromerzeugung die höhere Belastung aus Abschreibungen und Rückstellungen für Gaskraftwerke im Vorjahr dazu, dass sich das Segmentergebnis im Einzelabschluss erhöhte. Zudem waren im Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung in der MAINOVA AG im Vorjahr positive Sondereffekte enthalten, die ursächlich für den Rückgang im Jahr 2016 waren.

Das Ergebnis im Segment Beteiligungen ist grundsätzlich nicht mit dem Konzernabschluss vergleichbar, da in der MAINOVA AG anstatt Erträgen aus der Equity-Bewertung die vereinnahmten Ausschüttungen enthalten sind. Ursache für den Rückgang des Segmentergebnisses war eine Sonderausschüttung einer Beteiligung im Vorjahr, die im Jahr 2016 entfallen ist.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

T 12

MIO. €	2016	2015	Veränderung
Strom	1.021,5	1.023,2	-1,7
Gas	484,3	501,1	-16,8
Wärme / Kälte	128,9	129,2	-0,3
Wasser	77,0	69,9	7,1
Sonstige	339,7	284,2	55,5
	<b>2.051,4</b>	<b>2.007,6</b>	<b>43,8</b>

Das EBT in Höhe von 110,4 Mio. Euro lag nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau und deutlich über Plan.

Wie im Konzern resultierte der Rückgang der Strom- und Gaserlöse sowie des Materialaufwands im Wesentlichen aus geringeren Strom- und Gas-handelsgeschäften. Gegenläufig entwickelte sich der Stromverkauf aufgrund des gestiegenen Absatzes. Im Wassergeschäft führten höhere Mengen und eine Preisanpassung zu dem Umsatzanstieg.

Aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) resultierten Umgliederungen aus den sonstigen betrieblichen Erträgen in die Umsatzerlöse in Höhe von 53,4 Mio. Euro. Dies war maßgeblich für den Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse und den starken Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge verantwortlich. Diese reduzierten sich zusätzlich durch geringere Rückstellungsaufösungen.

Die Erhöhung des Personalaufwands resultierte aus tariflich bedingten Gehaltsanpassungen, die teilweise durch einen gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert wurden.

Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der partiellen Anpassung der Nutzungsdauern des Anlagevermögens.

Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren durch höhere Zuführungen insbesondere zu Umweltrückstellungen beeinflusst.

Das Finanzergebnis erhöhte sich durch geringere Aufwendungen aus Darlehenszinsen, geringere Rückstellungsaufzinsungen sowie niedrigere außerplanmäßige Abschreibungen auf unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken. Gegenläufig wirkten sich positive Einmaleffekte im Vorjahr durch eine Sonderausschüttung sowie durch Gründung einer Netzeigentums-gesellschaft aus.

### Vermögenslage der Mainova AG

#### Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)

MIO. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
<b>Aktiva</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	853,0	788,9	64,1
Finanzanlagen	232,7	252,3	-19,6
Anlagevermögen	1.085,7	1.041,2	44,5
Vorräte	34,2	41,1	-6,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	224,2	203,2	21,0
Übrige Vermögensgegenstände	2,2	4,8	-2,6
Umlaufvermögen	260,6	249,1	11,5
	<b>1.346,3</b>	<b>1.290,3</b>	<b>56,0</b>
<b>Passiva</b>			
Eigenkapital	356,7	356,7	-
Erhaltene Zuschüsse	160,6	126,3	34,3
Rückstellungen	301,2	305,9	-4,7
Übrige Verbindlichkeiten	527,8	501,4	26,4
	<b>1.346,3</b>	<b>1.290,3</b>	<b>56,0</b>

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Sachanlagevermögen aufgrund der Investitionen in das Wärmerversorgungskonzept sowie der Übernahme des Straßenbeleuchtungsnetzes der Stadt Frankfurt am Main. Bei den Finanzanlagen führten außerplanmäßige Abschreibungen unserer Beteiligung an Gaskraftwerken sowie der Verkauf von Anteilen an einer

Beteiligung zu dem Rückgang. Das Umlaufvermögen (einschließlich aktiver Rechnungsabgrenzungsposten) erhöhte sich insbesondere durch höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Auf der Passivseite hat ein erhaltener Baukostenzuschuss für das Straßenbeleuchtungsnetz korrespondierend zum Anlagenzugang zu einer Erhöhung geführt. Die übrigen Verbindlichkeiten stiegen insbesondere aufgrund höherer Verbindlichkeiten aus dem Gasbezug, aus Steuern sowie aus dem Cash Pooling. Gegenläufig wirkten sich Darlehensstilgungen aus.

### Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Cashflows gegenüber dem Vorjahr:

MIO. €	2016	2015	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	150,1	66,2	83,9
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-108,1	-92,3	-15,8
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-88,6	-93,8	5,2
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-46,6</b>	<b>-119,9</b>	<b>73,3</b>
Finanzmittelfonds	-101,7	-55,1	-46,6

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 83,9 Mio. Euro. Dies ist im Wesentlichen auf den Anstieg von Verbindlichkeiten zurückzuführen, während im Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen aufgrund höherer Investitionen in unsere Infrastruktur über dem Vorjahr. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten.

Der Finanzmittelfonds setzte sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (86,4 Mio. Euro; Vorjahr 91,6 Mio. Euro) sowie den liquiden Mitteln (0,7 Mio. Euro; Vorjahr 1,5 Mio. Euro) abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung (188,8 Mio. Euro; Vorjahr 148,2 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfielen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pools angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelte es sich um Tagesgeldanlagen von verbundenen Unternehmen.



**PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT  
DER MAINOVA AG**

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die MAINOVA AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die MAINOVA AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf Abschnitt 5 im Anhang zum Jahresabschluss der MAINOVA AG.

Für die MAINOVA AG planen wir mit einem EBT leicht unter dem Vorjahr. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen.

Die für das Jahr 2017 geplanten Investitionen der MAINOVA AG belaufen sich auf rund 132 Mio. Euro. Die Verteilung auf Anlagengruppen entspricht im Wesentlichen der im Prognosebericht des Konzerns aufgeführten Aufteilung.

**ANGABEN ZU DEN TÄTIGKEITSABSCHLÜSSEN  
NACH § 6B ENWG**

Gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Frankfurt am Main, den 10. März 2017



**DR. ALSHEIMER**



**BREIDENBACH**



**HERBST**

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung der MAINOVA AG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Auf dieser Grundlage wird für die Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der MAINOVA AG wurden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Ergebnisses der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgaben (sonstige betriebliche Aufwendungen) standen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgaben an die NRM (Umsatzerlöse) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 6,0 Mio. Euro) aus. Die Reduzierung ist hauptsächlich auf ein niedrigeres Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gestiegener Investitionen um 10,6 Mio. Euro. Auf der Passivseite war ein Anstieg des Bilanzausgleichspostens um 14,3 Mio. Euro zu verzeichnen. Gegenläufig sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen um 3,8 Mio. Euro gesunken.

Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 22,3 Mio. Euro (Vorjahr 17,2 Mio. Euro) aus. Die Steigerung ist hauptsächlich auf ein höheres Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gestiegener Investitionen um 1,4 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen um 5,5 Mio. Euro gesunken.

Die für das Jahr 2017 geplanten Investitionen belaufen sich auf rund 132 Mio. Euro.

# Bilanz

zum 31. Dezember 2016

TSD. €	Anhang	31.12.2016	31.12.2015
<b>AKTIVA</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>(1)</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände		33.838	42.879
Sachanlagen		819.207	745.959
Finanzanlagen		232.694	252.282
		<b>1.085.739</b>	<b>1.041.120</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
Vorräte	(2)	34.223	41.052
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	224.198	203.168
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4)	723	1.549
		<b>259.144</b>	<b>245.769</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>(5)</b>	<b>1.461</b>	<b>3.437</b>
<b>Summe Aktiva</b>		<b>1.346.344</b>	<b>1.290.326</b>

TSD. €	Anhang	31.12.2016	31.12.2015
<b>PASSIVA</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital	(6)	142.336	142.336
Kapitalrücklage	(7)	207.083	207.083
Gewinnrücklagen	(7)	7.260	7.260
		<b>356.679</b>	<b>356.679</b>
<b>B. Erhaltene Zuschüsse</b>	<b>(8)</b>	<b>160.638</b>	<b>126.264</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>(9)</b>	<b>301.240</b>	<b>305.857</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>(10)</b>	<b>520.827</b>	<b>494.298</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>(11)</b>	<b>6.960</b>	<b>7.228</b>
<b>Summe Passiva</b>		<b>1.346.344</b>	<b>1.290.326</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

TSD. €	Anhang	2016	2015
Umsatzerlöse	(14)	2.051.399	2.007.621
Bestandsveränderung		137	-112
Andere aktivierte Eigenleistungen		2.520	2.685
Sonstige betriebliche Erträge	(15)	49.734	111.255
Materialaufwand	(16)	1.559.081	1.595.690
Personalaufwand	(17)	195.655	194.734
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(18)	73.467	65.627
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(19)	167.060	155.530
Ergebnis aus Finanzanlagen	(20)	7.458	17.528
Zinsergebnis	(21)	-5.580	-17.230
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>110.405</b>	<b>110.166</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(22)	29.170	27.719
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>81.235</b>	<b>82.447</b>
Sonstige Steuern		5.501	5.423
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		75.734	77.024
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>-</b>	<b>-</b>

# Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

## Anhang für das Geschäftsjahr 2016

### 1. Allgemeines

#### VORBEMERKUNGEN

Der Jahresabschluss wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 40464) einbezogen, die einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nach HGB aufstellt, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Seit dem 1. Januar 2001 besteht zwischen der MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 7173) und der SWFH ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ein Teil des operativen Geschäfts wird von Tochterunternehmen wahrgenommen. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet und betreibt das Strom- und Gasnetz der MAINOVA. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die Aufgaben der MAINOVA Service-Dienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main. Mit allen oben genannten Tochterunternehmen bestehen Ergebnisabführungsverträge.

#### AUFSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der MAINOVA zum 31. Dezember 2016 erfolgt nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den Sondervorschriften des Aktiengesetzes (AktG) und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

#### FORMALE DARSTELLUNG

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) um das Ergebnis nach Steuern erweitert worden. Zudem führte das BilRUG zu einer Änderung der Umsatzerlösdefinition. Durch die hieraus resultierenden Verschiebungen zwischen den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen sind diese nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

#### BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt zwischen 4 und 20 Jahren. Die Nutzungsdauer für Software wurde entsprechend der geänderten betrieblichen Nutzung auf 5 Jahre verkürzt.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist.

Erhaltene Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.

Sachanlagen, die nach dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang vorgenommen.

Die jährlichen Abschreibungssätze der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens sind aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

	%
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	2-10
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	2-10
Verteilungsnetze	2-7
Hausanschlüsse	3-5
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5-33

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro liegen, werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung linear über fünf Jahre abgeschrieben. MAINOVA wendet diese Regelung für alle geringwertigen Vermögensgegenstände mit Ausnahme von IT-Hardware aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz an. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 150 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert.

Vorräte werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bewertet. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Erhaltene Zuschüsse, wie Baukostenzuschüsse und Netzkostenbeiträge, werden abhängig von ihrem Entstehungszeitpunkt wie folgt behandelt:

- › Die bis zum Jahr 2002 erhaltenen Zuschüsse wurden gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über 20 Jahre linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- › Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagenspiegel als Abgänge ausgewiesen.
- › Seit dem 1. Januar 2010 werden die erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- › Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM und energierechtlichen Vorschriften wurden ab 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben dort bis zur Auflösung. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an Mainova abgetreten und bei Mainova passiviert.

Davon ausgenommen sind Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Mit Ausnahme der Pensionsrückstellungen werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 4,01 % (Vorjahr unter Verwendung eines durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre in Höhe von 3,89 %) abgezinst. Der hieraus resultierende Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB, der im Finanzergebnis erfasst wurde, unterliegt aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der SWFH keiner Abführungssperre. Der berücksichtigte Gehaltstrend sowie der Rententrend betragen 2,00 % (Vorjahr 2,00 %).

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden ein Rechnungszins in Höhe von 1,58 % (Vorjahr 2,02 %) für abgeschlossene Altersteilzeit-Verträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr und 1,68 % (Vorjahr 2,16 %) für potenzielle Altersteilzeit-Anwärter mit einer mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren (Vorjahr zwei Jahre) sowie ein Gehaltstrend in Höhe von 2,00 % (Vorjahr 2,00 %) zugrunde gelegt. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3) des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. werden die Aufstockungsbeträge für potenzielle Anwärter rätierlich über die Laufzeit angesammelt. Die Basis für die versicherungsmathematische Ermittlung sind jeweils die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich auf 6,0 %; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über der tariflich festgesetzten Beitragsbemessungsgrenze liegt, eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen können. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Ent-

sprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis hat MAINOVA keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit einem Zinssatz von 3,24 % (Vorjahr 3,89 %) und einem jährlichen Einkommenstrend von 2,00 % (Vorjahr 2,00 %) ermittelt.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit zu einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

## 2. Erläuterungen zur Bilanz

### (1) ANLAGEVERMÖGEN

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagenspiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Im Jahr 2016 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro) sowie auf Finanzanlagen in Höhe von 14,5 Mio. Euro (Vorjahr 19,7 Mio. Euro) vorgenommen.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigefügt, die gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

### (2) VORRÄTE

TSD. €	31.12.2016	31.12.2015
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	33.396	40.351
Unfertige und fertige Leistungen und Erzeugnisse	827	701
	<b>34.223</b>	<b>41.052</b>

Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 6,7 Mio. Euro (Vorjahr 6,6 Mio. Euro).

**(3) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**

TSD. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	723.909	687.157
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	-551.990	-541.650
	<b>171.919</b>	<b>145.507</b>
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	19.825	30.643
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.077	12.155
Sonstige Vermögensgegenstände	14.377	14.863
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	(6)	(1.033)
	<b>224.198</b>	<b>203.168</b>

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit 670,7 Mio. Euro (Vorjahr 645,6 Mio. Euro) abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Forderungen gegen SWFH</b>		
Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	-	91.603
Verbindlichkeiten aus Steuerumlage	-	-8.079
Steuerforderungen	-	20.598
Gewinnabführungsverpflichtung	-	-77.024
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	-	-15.496
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	-	47
	-	<b>11.649</b>
<b>Übrige Forderungen gegen verbundene Unternehmen</b>		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.704	11.759
Forderungen aus der Ergebnisabführung	4.118	6.999
Tagesgeldanlagen	-997	236
	<b>19.825</b>	<b>18.994</b>
	<b>19.825</b>	<b>30.643</b>

Die Forderungen gegen SWFH werden im Geschäftsjahr 2016 unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren 17,7 Mio. Euro (Vorjahr 11,0 Mio. Euro) aus Lieferungen und Leistungen, 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) aus dem Finanzverkehr sowie 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 1,1 Mio. Euro) aus der Ergebnisabführung.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten unter anderem Steuererstattungsansprüche in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vorjahr 2,1 Mio. Euro). Diese betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Erstattungsansprüche auf Körperschaftsteuer nach § 37 Körperschaftsteuergesetz.



**(4) KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS**

TSD. €	31.12.2016	31.12.2015
Guthaben bei Kreditinstituten	589	1.364
Kassenbestand	134	185
	<b>723</b>	<b>1.549</b>

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von MAINOVA täglich an die SWFH abgeführt. Zum Bilanzstichtag waren 86,4 Mio. Euro (Vorjahr 91,6 Mio. Euro) bei der SWFH angelegt, die im Rahmen der Saldierung unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen werden.

**(5) AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**

Bei dem Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Vorauszahlungen aus Wartungs-, Sponsoring- und Pachtverträgen.

**(6) GEZEICHNETES KAPITAL**

Das gezeichnete Kapital beträgt 142,3 Mio. Euro. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien; davon lauten 5.499.296 auf den Namen und 60.704 auf den Inhaber. Somit entfällt auf jede Stückaktie ein Betrag in Höhe von 25,60 Euro.

**(7) RÜCKLAGEN**

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 207,1 Mio. Euro. Bei der Gewinnrücklage handelt es sich um die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG.

**(8) ERHALTENE ZUSCHÜSSE**

Die erhaltenen Zuschüsse erhöhten sich insbesondere durch Baukostenzuschüsse im Zusammenhang mit der Übernahme des Straßenbeleuchtungsnetzes der Stadt Frankfurt am Main.

**(9) RÜCKSTELLUNGEN**

TSD. €	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	50.523	51.927
Steuerrückstellungen	9	5
Sonstige Rückstellungen	250.708	253.925
(davon Personalarückstellungen)	(24.180)	(24.207)
(davon Umweltrückstellungen)	(75.760)	(74.477)
(davon rechtliche Risiken)	(23.144)	(38.043)
(davon übrige Rückstellungen)	(127.624)	(117.198)
	<b>301.240</b>	<b>305.857</b>

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergibt sich durch die Umstellung des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes nach § 253 Abs. 6 HGB ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 6,0 Mio. Euro.

In den Personalrückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie Drohverlustrückstellungen zusammen.

#### (10) VERBINDLICHKEITEN

TSD. €	31.12.2016				31.12.2015			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75.657	13.073	46.621	15.963	102.518	27.127	53.329	22.062
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	14.405	14.405	–	–	14.406	14.406	–	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	127.172	127.172	–	–	126.371	126.371	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	188.786	188.786	–	–	163.495	163.495	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	44.679	44.679	–	–	28.862	28.862	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	70.128	70.120	8	–	58.646	57.184	908	554
(davon aus Steuern)	(13.922)	(13.922)	(–)	(–)	(3.726)	(3.726)	(–)	(–)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(11)	(11)	(–)	(–)	(6)	(6)	(–)	(–)
	<b>520.827</b>	<b>458.235</b>	<b>46.629</b>	<b>15.963</b>	<b>494.298</b>	<b>417.445</b>	<b>54.237</b>	<b>22.616</b>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 12,0 Mio. Euro (Vorjahr 13,0 Mio. Euro) mit einer Negativklausel belegt und 63,4 Mio. Euro (Vorjahr 89,1 Mio. Euro) mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Darlehen wurden in Höhe von 28,5 Mio. Euro (Vorjahr 51,4 Mio. Euro) planmäßig und außerplanmäßig getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

TSD, €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Verbindlichkeiten gegen SWFH</b>		
Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	-86.425	-
Gewinnabführungsverpflichtungen	75.734	-
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	15.812	-
Verbindlichkeiten aus Ertragssteuern	-2.390	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	-1	-
	<b>2.730</b>	-
<b>Übrige Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen</b>		
Tagesgeldanlagen	185.314	147.539
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.900	16.669
Verbindlichkeiten / Forderungen aus Ergebnisabführungen	-4.158	-713
	<b>186.056</b>	<b>163.495</b>
	<b>188.786</b>	<b>163.495</b>

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich in Höhe von 42,2 Mio. Euro (Vorjahr 27,9 Mio. Euro) um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie mit 2,5 Mio. Euro (Vorjahr 1,0 Mio. Euro) um den Finanzverkehr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten folgende Einzelpositionen:

TSD, €	31.12.2016	31.12.2015
Erhaltene Anzahlungen auf Zuschüsse	34.119	24.857
Verbindlichkeiten aus Steuern	13.922	3.726
Erhaltene Sicherheiten von Kunden	5.361	5.734
Verbindlichkeiten aus Konzessionsabgaben	2.213	597
Darlehen von sonstigen Darlehensgebern	-	1.819
Übrige	14.513	21.913
	<b>70.128</b>	<b>58.646</b>

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind keine mit einer Negativklausel belegt.

#### (11) PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält überwiegend erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Bauleistungen im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung, Zuschüsse für kommende Marketingmaßnahmen sowie Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden.

**(12) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE**

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2016		2015	
	Nominalbetrag	Valuta	Nominalbetrag	Valuta
Bürgschaften	28.517	13.988	30.692	19.802
(davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	(5.250)	(3.728)	(7.330)	(7.330)
(davon gegenüber assoziierten Unternehmen)	(23.151)	(10.144)	(23.251)	(12.361)
Gewährleistungsverträge	466.000	397.286	466.000	403.425
(davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	(464.250)	(396.286)	(464.250)	(401.680)
(davon gegenüber assoziierten Unternehmen)	(-)	(-)	(-)	(-)
	<b>494.517</b>	<b>411.274</b>	<b>496.692</b>	<b>423.227</b>

Für die Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH hat MAINOVA im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der MAINOVA beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valuiert zum Stichtag mit 8,6 Mio. Euro (Vorjahr 10,4 Mio. Euro).

Die Gewährleistungsverträge stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat MAINOVA für ein Volumen von insgesamt 20,0 Mio. Euro (Vorjahr 20,0 Mio. Euro) den Schuldbeitritt erklärt. Zusätzlich verpflichtete sich MAINOVA, für Darlehen der MBG in Höhe von 415,0 Mio. Euro (Vorjahr 415,0 Mio. Euro) im Rahmen mehrerer Patronatserklärungen einzustehen. Diese Darlehen der MBG valutieren zum Stichtag mit 366,0 Mio. Euro (Vorjahr 370,0 Mio. Euro).

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die MAINOVA derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldern erfüllt werden können. Daher schätzt die MAINOVA bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

**(13) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN**

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von 820,9 Mio. Euro (Vorjahr 881,4 Mio. Euro) bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	31.12.2016				31.12.2015			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	754.830	414.116	340.714	-	820.220	388.301	431.919	-
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	40.428	40.428	-	-	37.559	37.559	-	-
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	17.878	12.553	4.013	1.312	15.999	10.704	3.905	1.390
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	6.782	4.676	2.106	-	6.561	2.660	3.901	-
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	1.000	1.000	-	-	1.095	1.095	-	-
	<b>820.918</b>	<b>472.773</b>	<b>346.833</b>	<b>1.312</b>	<b>881.434</b>	<b>440.319</b>	<b>439.725</b>	<b>1.390</b>

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen entfallen in Höhe von 412,3 Mio. Euro (Vorjahr 402,2 Mio. Euro) sowie die Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 1,0 Mio. Euro) auf assoziierte Unternehmen.

### 3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

#### (14) UMSATZERLÖSE

TSD. €	2016	2015
Stromverkauf	966.398	921.434
Stromsteuer	-86.832	-86.541
<b>Stromverkauf gesamt</b>	<b>879.566</b>	<b>834.893</b>
Stromhandel	141.915	188.346
<b>Strom gesamt</b>	<b>1.021.481</b>	<b>1.023.239</b>
Erdgasverkauf	517.165	522.861
Erdgassteuer	-42.657	-40.836
<b>Erdgasverkauf gesamt</b>	<b>474.508</b>	<b>482.025</b>
Erdgashandel	9.812	19.047
<b>Erdgas gesamt</b>	<b>484.320</b>	<b>501.072</b>
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	128.863	129.243
Wasserverkauf	77.015	69.916
Pachterlöse	66.765	70.454
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	261.372	202.743
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	11.583	10.954
	<b>2.051.399</b>	<b>2.007.621</b>

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von 22,3 Mio. Euro (Vorjahr 11,8 Mio. Euro) enthalten.

Die Umsatzerlöse des Vorjahres, die sich aus der Anwendung von § 277 Absatz 1 in der Fassung des BilRUG ergeben hätten, betragen 2.064,9 Mio. Euro.

#### (15) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

TSD. €	2016	2015
<b>Periodenfremde Erträge</b>		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	24.543	34.405
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	1.505	1.412
Erträge aus Anlagenabgängen	473	2.831
Übrige	5.158	5.324
	<b>31.679</b>	<b>43.972</b>
<b>Übrige Erträge</b>		
Erträge aus Konzessionen	-	37.955
Übrige	18.055	29.328
	<b>18.055</b>	<b>67.283</b>
	<b>49.734</b>	<b>111.255</b>

Die sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres, die sich aus der Anwendung von § 277 Absatz 1 in der Fassung des BilRUG ergeben hätte, betragen 54,0 Mio. Euro.

#### (16) MATERIALAUFWAND

TSD. €	2016	2015
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.503.589	1.544.992
Aufwendungen für bezogene Leistungen	55.492	50.698
	<b>1.559.081</b>	<b>1.595.690</b>

Im Materialaufwand sind periodenfremde Aufwandsminderungen in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vorjahr keine) enthalten.

#### (17) PERSONALAUFWAND

TSD. €	2016	2015
Löhne und Gehälter	154.401	152.309
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	41.254	42.425
(davon für Altersversorgung)	(12.784)	(14.485)
	<b>195.655</b>	<b>194.734</b>

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte MAINOVA 2.533 (Vorjahr 2.588) Arbeitnehmer, davon 561 (Vorjahr 568) Frauen. Die von MAINOVA getragenen anteiligen Kosten in Höhe von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro) für weitere 82 (Vorjahr 71) Auszubildende, die wir im Jahresdurchschnitt im Rahmen des Ausbildungspools der SWFH beschäftigten, sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Bei den Aufwendungen für Altersversorgung handelt es sich im Wesentlichen um ZVK-Umlagen.

Im Personalaufwand sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Aufwendungen enthalten.

#### (18) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN

Im Jahr 2016 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro) vorgenommen.

#### (19) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

TSD. €	2016	2015
Konzessionsabgabe	49.258	49.836
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	33.481	30.507
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	26.039	22.828
Zuführungen zu Rückstellungen	20.806	17.411
Übrige	37.476	34.948
	<b>167.060</b>	<b>155.530</b>

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Vorjahr 3,6 Mio. Euro) enthalten.

**(20) ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN**

TSD. €	2016	2015
Erträge aus Beteiligungen	13.969	30.175
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(2.589)	(3.069)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	11.551	9.485
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	474	705
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(322)	(349)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	14.513	19.696
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.023	3.141
	<b>7.458</b>	<b>17.528</b>

In den Erträgen aus Beteiligungen war im Vorjahr eine Sonderausschüttung von einer Gesellschaft enthalten.

**(21) ZINSERGEBNIS**

TSD. €	2016	2015
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.081	866
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(21)	(37)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.661	18.096
(davon an verbundene Unternehmen)	(4)	(33)
	<b>-5.580</b>	<b>-17.230</b>

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 3,1 Mio. Euro (Vorjahr 10,7 Mio. Euro).

**(22) STEUERN**

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2016	2015
<b>Körperschaftsteuer</b>		
Körperschaftsteuerumlage von der SWFH	12.644	11.016
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	2.437	2.437
Körperschaftsteuer für Vorjahre	-	3
	<b>15.081</b>	<b>13.456</b>
<b>Gewerbesteuer</b>		
Gewerbesteuerumlage von der SWFH	14.089	14.263
	<b>14.089</b>	<b>14.263</b>
	<b>29.170</b>	<b>27.719</b>

#### 4. Geschäfte größeren Umfangs, die mit nahestehenden Unternehmen und Personen der Mainova getätigt wurden

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die MAINOVA beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von MAINOVA beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist MAINOVA ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die MAINOVA Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die Thüga Aktiengesellschaft (Thüga) und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen der MAINOVA.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der MAINOVA nur der Vorstand anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

TSD. €	SWFH sowie deren Tochterunternehmen, Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochterunternehmen <sup>(1)</sup>		Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen der SWFH und der Stadt Frankfurt am Main		Thüga und deren Tochterunternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		Tochterunternehmen der Mainova <sup>(1)</sup>		Gemeinschaftsunternehmen der Mainova		Assoziierte Unternehmen der Mainova <sup>(1)</sup>	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
<b>Energie- und Wasserlieferungen</b>												
Umsatzerlöse	114.529	96.607	10.494	7.785	109.169	176.640	53.190	38.064	21.694	18.215	71.531	61.949
Materialaufwand	51	22	2.415	1.894	327.204	395.613	221.060	220.482	8.693	6.531	276.606	297.029
Forderungen	35.165	33.219	726	582	19	–	43.445	70.580	868	1.510	14.310	8.499
Verbindlichkeiten	1.604	1.439	–	–	6.814	101	49.094	65.861	739	269	41.329	22.347
<b>Sonstiges</b>												
Erträge	40.644	40.932	48	29	3.859	17	266.952	263.935	8.369	7.654	7.602	22.306
Aufwendungen	159.087	155.309	47	40	1.000	900	77.472	72.680	385	547	1.281	1.456
Forderungen	–	11.070	–	–	–	–	40.339	13.598	132	34	9.844	7.860
Verbindlichkeiten	29.337	17.837	118	56	300	300	194.706	156.651	4.365	3.856	10.295	16.739

<sup>(1)</sup> Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Bei dem Materialaufwand mit Tochterunternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen. Der Materialaufwand mit assoziierten Unternehmen beinhaltet im Wesentlichen den Gasbezug.

Die Forderungen betreffen insbesondere das Cash Pooling gegenüber der SWFH. Die Gewinnabführung in Höhe von 75,7 Mio. Euro (Vorjahr 77,0 Mio. Euro) an die SWFH hat sich mindernd auf die Forderungen ausgewirkt.

Die sonstigen Erträge mit Tochterunternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalgestellung und sonstigen Verrechnungen.



In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen sowie Zinserträge und -aufwendungen enthalten.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der MAINOVA hat die Stadt Frankfurt am Main Bürgschaften in Höhe von 63,4 Mio. Euro (Vorjahr 89,1 Mio. Euro) abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 12,0 Mio. Euro (Vorjahr 13,0 Mio. Euro) geleistet.

## 5. Sonstige Angaben

### HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das im Geschäftsjahr 2016 für den Jahresabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erfasste Honorar für Abschlussprüfungsleistungen belief sich auf 341.300,00 Euro zuzüglich Auslagen in Höhe von 28.255,58 Euro. Ferner betrug das Honorar für andere Bestätigungsleistungen 33.109,00 Euro und für sonstige Leistungen 121.324,92 Euro.

### GESAMTBEZÜGE DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB). Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB) während des Performancezeitraums. Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Im Rahmen der Vergütungsanpassung in 2016 wurde anlässlich der Reduzierung der Vorstandsmitglieder die nachfolgende Vergütungsregelung vereinbart: Im Fall der Erhöhung der Anzahl der Vorstandsmitglieder der MAINOVA AG auf mehr als drei werden mit Ablauf des Kalenderhalbjahres, in dem die Erhöhung der Vorstandsmitglieder wirksam wird, das feste Jahresgehalt und die Zieltantieme (kurzfristige variable Vergütungskomponente) sowie der garantierte Teil der Zieltantieme um einen jeweils fest definierten Betrag gekürzt. Der Aufsichtsrat wird spätestens mit Wirksamwerden der Kürzung die betroffenen Vergütungselemente wohlwollend überprüfen.

Die Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanwartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen die gewährten Zuwendungen und die Zuflüsse im Geschäftsjahr 2016 des Vorstands nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex und die Gesamtbezüge nach DRS 17:

GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN (100 % ZIELERREICHUNG)	Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2018)				Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2020)			
	2015	2016	2016 (Min)	2016 (Max)	2015	2016	2016 (Min)	2016 (Max)
€								
Festvergütung	305.558	322.256	322.256	322.256	231.806	244.464	244.464	244.464
Nebenleistungen	42.662	41.977	41.977	41.977	20.211	21.631	21.631	21.631
<b>Summe</b>	<b>348.220</b>	<b>364.233</b>	<b>364.233</b>	<b>364.233</b>	<b>252.017</b>	<b>266.095</b>	<b>266.095</b>	<b>266.095</b>
Einjährige variable Vergütung	93.351	133.952	71.420	( <sup>1)</sup> )	77.589	111.176	65.270	( <sup>1)</sup> )
Mehrfährige variable Vergütung (LAP)	97.000	97.000	–	145.500	70.000	70.000	–	105.000
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2013–2015	2014–2016			2013–2015	2014–2016		
<b>Summe</b>	<b>538.571</b>	<b>595.185</b>	<b>435.653</b>		<b>399.606</b>	<b>447.271</b>	<b>331.365</b>	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	183.991	174.016	174.016	174.016	246.733	238.524	238.524	238.524
Gesamtvergütung (DCGK)	722.562	769.201	609.669	( <sup>2)</sup> )	646.339	685.795	569.889	( <sup>2)</sup> )
<b>Gesamtvergütung</b> (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	<b>495.909</b>	<b>553.208</b>	<b>393.676</b>	( <sup>2)</sup> )	<b>379.395</b>	<b>425.640</b>	<b>309.734</b>	( <sup>2)</sup> )

(<sup>1)</sup> kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern

(<sup>2)</sup> keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN (100 % ZIELERREICHUNG)	Norbert Breidenbach Vorstand Eintritt: 01.07.2013 (bestellt bis 30.06.2018)			
	2015	2016	2016 (Min)	2016 (Max)
€				
Festvergütung	231.806	244.464	244.464	244.464
Nebenleistungen	15.922	14.291	14.291	14.291
<b>Summe</b>	<b>247.728</b>	<b>258.755</b>	<b>258.755</b>	<b>258.755</b>
Einjährige variable Vergütung	87.690	117.416	65.270	<sup>(1)</sup>
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	87.000	87.000	–	130.500
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2013–2015	2014–2016		
<b>Summe</b>	<b>422.418</b>	<b>463.171</b>	<b>324.025</b>	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	12.999	47.534	47.534	47.534
Gesamtvergütung (DCGK)	435.417	510.705	371.559	<sup>(2)</sup>
<b>Gesamtvergütung</b> (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	<b>406.496</b>	<b>448.880</b>	<b>309.734</b>	<sup>(2)</sup>

<sup>(1)</sup> kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern

<sup>(2)</sup> keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

ZUFLUSS	Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2018)		Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2020)		Norbert Breidenbach Vorstand Eintritt: 01.07.2013 (bestellt bis 30.06.2018)	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
€						
Festvergütung	322.256	305.558	244.464	231.806	244.464	231.806
Nebenleistungen	41.977	42.662	21.631	20.211	14.291	15.922
<b>Summe</b>	<b>364.233</b>	<b>348.220</b>	<b>266.095</b>	<b>252.017</b>	<b>258.755</b>	<b>247.728</b>
Einjährige variable Vergütung <sup>(1)</sup>	154.560	108.237	128.280	89.962	135.480	101.673
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	104.760	106.700	75.600	77.000	93.960	95.700
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2014–2016	2013–2015	2014–2016	2013–2015	2014–2016	2013–2015
Sonstiges	–	–	–	–	–	–
<b>Summe</b>	<b>623.553</b>	<b>563.157</b>	<b>469.975</b>	<b>418.979</b>	<b>488.195</b>	<b>445.101</b>
Versorgungsaufwand nach IAS 19	174.016	183.991	238.524	246.733	47.534	12.999
Gesamtvergütung (DCGK)	797.569	747.148	708.499	665.712	535.729	458.100
<b>Gesamtvergütung</b> (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	<b>581.576</b>	<b>520.495</b>	<b>448.344</b>	<b>398.768</b>	<b>473.904</b>	<b>429.179</b>

<sup>(1)</sup> Anpassung der Vorjahreswerte gemäß Aufsichtsratsbeschluss vom 13. April 2016

Die Pensionsverpflichtungen für die Mitglieder des Vorstands gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

€	31.12.2016		31.12.2015	
	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung
Dr. Constantin H. Alsheimer	1.201.470	144.632	1.056.838	331.277
Norbert Breidenbach	85.977	7.168	78.809	65.617
Lothar Herbst	2.064.768	243.789	1.820.979	444.160
<b>Summe</b>	<b>3.352.215</b>	<b>395.589</b>	<b>2.956.626</b>	<b>841.054</b>

Für das Geschäftsjahr 2015 wurden im Jahr 2016 erfolgsabhängige Tantiemen von 579 Tsd. Euro (Vorjahr 768 Tsd. Euro) ausgezahlt. Für ein im Geschäftsjahr 2015 ausgeschiedenes Vorstandsmitglied wurde die erfolgsabhängige Tantieme für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 114 Tsd. Euro bereits im Geschäftsjahr 2015 ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2016 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 121 Tsd. Euro (Vorjahr 73 Tsd. Euro) aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

€	2016			2015		
	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe
Uwe Becker	25.000	4.800	29.800	25.000	6.800	31.800
Peter Arnold	17.000	7.200	24.200	17.000	7.600	24.600
Dr. Christof Schulte	17.000	6.800	23.800	16.833	6.000	22.833
Dr. Jörg Becker	12.000	4.400	16.400	12.000	4.400	16.400
StR Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	15.000	2.800	17.800	14.500	2.800	17.300
Peter Bodens	12.000	4.400	16.400	12.000	4.400	16.400
Nicole Brunner	12.000	4.000	16.000	12.000	4.400	16.400
Dr. Matthias Cord	10.000	1.600	11.600	10.000	2.800	12.800
Reinhold Falk	12.000	5.600	17.600	12.000	6.000	18.000
Markus Frank	10.000	1.200	11.200	10.500	2.800	13.300
René Gehringer	10.000	2.800	12.800	10.000	2.400	12.400
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	5.200	17.200	12.000	5.200	17.200
Rosemarie Heilig	12.000	5.200	17.200	12.000	3.600	15.600
Holger Klingbeil	12.000	3.600	15.600	12.000	3.600	15.600
Cornelia Kröll	12.000	3.200	15.200	12.000	2.800	14.800
StR Stefan Majer	12.000	2.800	14.800	12.000	3.600	15.600
Klaus Oesterling	10.000	1.200	11.200	10.000	2.800	12.800
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	6.400	18.400	12.000	6.800	18.800
Jürgen Wachs	10.000	2.400	12.400	10.000	2.800	12.800
Michaela Wanka	12.000	4.400	16.400	9.833	3.600	13.433
<b>Summe</b>	<b>256.000</b>	<b>80.000</b>	<b>336.000</b>	<b>253.666</b>	<b>85.200</b>	<b>338.866</b>

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 67 Tsd. Euro (Vorjahr 65 Tsd. Euro).

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 763 Tsd. Euro (Vorjahr 709 Tsd. Euro). Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 10.736 Tsd. Euro (Vorjahr 11.351 Tsd. Euro) zurückgestellt worden.

Herr Prof. Dr.-Ing. Birkner erhielt bis zum 30. Juni 2016 eine Karenzentschädigung, die in zwölf monatlichen Raten ausgezahlt wurde. Der gemäß Dienstvertrag erdiente Versorgungsanspruch des Herrn Prof. Dr.-Ing. Birkner bleibt bestehen und wird erfüllt.

#### NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die MAINOVA bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hier um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

**DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE**

Die MAINOVA setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung ein.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

Tsd. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
<b>Strom</b>									
Forward (long)	–	–	–	2.648	–	–	–	–	–442
Forward (short)	–	–	–	2.648	–	–	–	–	444
<b>Gas</b>									
Forward (long)	–	445	445	445	–	–20	–20	–	–89
Forward (short)	–	446	446	446	22	–	22	–	90
<b>Kohle</b>									
Swap (Payer)	26.441	9.417	35.858	62.960	6.130	–	6.130	4.739	–24.147
<b>Öl</b>									
Swap (Receiver)	2.912	3.991	6.903	9.936	158	–869	–711	158	3.211
<b>Gesamt</b>	<b>29.353</b>	<b>14.299</b>	<b>43.652</b>	<b>79.083</b>	<b>6.310</b>	<b>–889</b>	<b>5.421</b>	<b>4.897</b>	<b>–20.933</b>

Zum 31. Dezember 2016 befanden sich alle derivativen Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten. Es bestanden wie im Vorjahr keine Drohverlustrückstellungen für Strom- und Gasforwards sowie Kohle-, Gas- und Öl-Swaps mit einem negativen Marktwert.

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2016 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf der Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den oben aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente.

Bei den Strom- und Gas-Forwards handelt es sich um geschlossene Positionen aus Termingeschäften. Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) mit Kohle-, Gas- und Öl-Swaps handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der obigen Tabelle aufgeführten Werten.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird durch die Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen. Gegenläufige Zahlungsströme der durch die Bewertungseinheiten jeweils abgesicherten Risiken werden sich zukünftig vollständig ausgleichen, da alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments stetig übereinstimmen.

Darüber hinaus werden zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen des Stromvertriebs entsprechende Mengen mittels Stromtermingeschäften (OTC-Forwards) für die Jahre 2017 bis 2019 beschafft. Die Stromtermingeschäfte haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 305,6 Mio. Euro (Vorjahr 301,9 Mio. Euro). Hierfür beträgt die Differenz zwischen der aktuellen Marktbewertung und dem Nominalwert zum Bilanzstichtag 59,7 Mio. Euro (Vorjahr -66,7 Mio. Euro).

Außerdem wurden im Rahmen der Vermarktung der eigenen Stromerzeugungskapazitäten zur Vermeidung des Preisänderungsrisikos Stromterminverkäufe (OTC-Forwards) für die Jahre 2017 bis 2019 mit einem Nominalvolumen in Höhe von 54,8 Mio. Euro (Vorjahr 84,1 Mio. Euro) abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von -6,5 Mio. Euro (Vorjahr 17,7 Mio. Euro).

Zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen des Gasvertriebs wurden für die Jahre 2017 bis 2019 Gastermingeschäfte (OTC-Forwards) abgeschlossen. Diese weisen zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 432,2 Mio. Euro (Vorjahr 663,7 Mio. Euro) und eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 21,4 Mio. Euro (Vorjahr -118,3 Mio. Euro) aus.

#### **EREIGNISSE NACH ABLAUF DES BERICHTSJAHRES**

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

#### **DEUTSCHER CORPORATE GOVERNANCE KODEX**

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von MAINOVA wurde am 9. Dezember 2016 im Internet abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht ([www.mainova.de/entsprechenserklaerung](http://www.mainova.de/entsprechenserklaerung)).

Frankfurt am Main, den 10. März 2017



**DR. ALSHEIMER**



**BREIDENBACH**



**HERBST**

## 6. Organe der Gesellschaft

### AUFSICHTSRAT



**Uwe Becker**  
Stadtkämmerer der  
Stadt Frankfurt am Main  
Wohnort: Frankfurt am Main  
Vorsitzender des Aufsichtsrats

#### Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- › ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungs-  
bau- und Beteiligungsgesellschaft mit  
beschränkter Haftung, Frankfurt am Main  
(K) (bis 29. August 2016)
- › Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft,  
Frankfurt am Main (K) (bis 29. August 2016)
- › Fraport AG Frankfurt Airport Services  
Worldwide, Frankfurt am Main (K)
- › Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)
- › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH,  
Frankfurt am Main (K)
- › Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt  
am Main mbH, Frankfurt am Main (K)  
(VV) bis 10. Oktober 2016)
- › Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)

#### Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- › Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt  
Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- › Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend-  
und Familienhilfe Frankfurt am Main,  
Frankfurt am Main
- › Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt  
Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- › Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt  
am Main, Frankfurt am Main (stv V)
- › Betriebskommission der Kita Frankfurt,  
Frankfurt am Main
- › Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt  
am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V)
- › Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt  
am Main, Frankfurt am Main
- › Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
- › Frankfurt Ticket RheinMain GmbH, Frankfurt am Main  
(V) (bis 29. August 2016)
- › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V)
- › Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH,  
Frankfurt am Main
- › Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am  
Main (ab 22. Januar 2016)
- › Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main  
(bis 11. März 2016)
- › RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- › RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- › Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für  
Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main
- › Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main,  
Frankfurt am Main
- › Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic  
Development – GmbH, Frankfurt am Main
- › Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter  
Haftung, Frankfurt am Main



**Peter Arnold**  
Freigestellter Vorsitzender des  
Betriebsrats der Mainova AG,  
Frankfurt am Main  
Wohnort: Oberursel  
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding  
GmbH, Frankfurt am Main

- › Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung, Aschaffenburg
- › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- › Hanau Netz GmbH, Hanau
- › Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung, Friedberg
- › Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter  
Haftung, Hanau




AUF SICHTSRAT		
	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p><b>Dr. Christof Schulte</b> Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: München 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden (ab 1. April 2016)</li> <li>› N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (*)</li> <li>› Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen</li> <li>› SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V)</li> <li>› WEMAG AG, Schwerin (V)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Aretz GmbH &amp; Co. KG, Krefeld</li> <li>› Aqua Engineering GmbH, Selb (stv V)</li> <li>› badenova AG &amp; Co. KG, Freiburg im Breisgau</li> <li>› Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar (*)</li> <li>› Energie Südbayern GmbH, München</li> <li>› Energie Waldeck-Frankenberg GmbH, Korbach (stv V)</li> <li>› Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg (*)</li> <li>› Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt)</li> <li>› erdgas schwaben gmbh, Augsburg</li> <li>› EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH &amp; Co. KG, Hildesheim (*)</li> <li>› Harz Energie GmbH &amp; Co. KG, Osterode am Harz</li> <li>› Stadtwerke Radolfzell GmbH, Radolfzell am Bodensee (stv V) (ab 1. April 2016)</li> <li>› Stadtwerk Tauberfranken GmbH, Bad Mergentheim (stv V)</li> <li>› SYNECO GmbH &amp; Co. KG (ab 15. Juni 2016 i. L.), München</li> <li>› Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V)</li> <li>› Thüga Erneuerbare Energien GmbH &amp; Co. KG, München (stv V)</li> <li>› Thüga Schadenausgleichskasse VVaG, München (**)</li> </ul> <p>(*) Bis 31. März 2016 (**) Die Thüga Schadenausgleichskasse München VVaG ist keine Handelsgesellschaft im Sinne von § 100 Abs. 2 Nr. 1 AktG.</p>
 <p><b>Dr. Jörg Becker</b> Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Darmstadt</p>	keine	keine
 <p><b>Prof. Dr. Daniela Birkenfeld</b> Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)</li> <li>› Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH, Frankfurt am Main (bis 16. Oktober 2016)</li> <li>› KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main</li> <li>› Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main</li> <li>› Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (ab 11. August 2016 (V))</li> <li>› Praunheimer Werkstätten Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V)</li> <li>› WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main (V)</li> </ul>
 <p><b>Peter Bodens</b> Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Kahl am Main</p>	keine	keine
 <p><b>Nicole Brunner</b> Referentin Abschluss und Berichterstattung Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Villmar</p>	keine	keine

## AUF SICHTSRAT




		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<b>Dr. Matthias Cord</b> Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: Helmstedt	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz</li> <li>› N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg</li> <li>› Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover</li> <li>› Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg (ab 1. April 2016)</li> <li>› Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel</li> <li>› WEMAG AG, Schwerin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar (stv V)</li> <li>› Energie Südbayern GmbH, München (bis 31. März 2016)</li> <li>› Energie Waldeck-Frankenberg GmbH, Korbach (stv V) (bis 31. Dezember 2015)</li> <li>› Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg (stv V)</li> <li>› EKO2 GmbH, Koblenz</li> <li>› erdgas schwaben gmbh, Augsburg (bis 31. März 2016)</li> <li>› Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar (stv V)</li> <li>› Gemeindewerke Haßloch GmbH, Haßloch (stv V) (ab 1. April 2016)</li> <li>› Halberstadtwerke GmbH, Halberstadt (stv V) (ab 1. April 2016)</li> <li>› Heizkraftwerke Würzburg GmbH, Würzburg (ab 1. April 2016)</li> <li>› Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena</li> <li>› Stadtwerke Frankenthal GmbH, Frankenthal (stv V)</li> <li>› Stadtwerke Homburg GmbH, Homburg (stv V)</li> <li>› Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss</li> <li>› Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg (ab 1. April 2016)</li> <li>› Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel</li> <li>› Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel</li> <li>› Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V)</li> <li>› SYNECO GmbH &amp; Co. KG (ab 15. Juni 2016 i. L.), München (ab 15. März 2016 (stv V))</li> <li>› Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)</li> </ul>
	<b>Reinhold Falk</b> Abteilungsleiter der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Frankfurt am Main Wohnort: Niddatal	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main</li> </ul>	keine
	<b>Markus Frank</b> Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V)</li> <li>› BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V)</li> <li>› Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (ab 11. August 2016 (V))</li> <li>› Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (ab 11. August 2016 (V))</li> <li>› Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH &amp; Co. KG, Frankfurt am Main (V)</li> <li>› FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (stv V)</li> <li>› FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main</li> <li>› Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main</li> <li>› HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (ab 30. August 2016 (V))</li> <li>› House of Logistics &amp; Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main</li> <li>› Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V)</li> <li>› tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main (ab 7. Oktober 2016)</li> <li>› Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main</li> <li>› traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (ab 7. Oktober 2016)</li> <li>› Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main (stv V) bis 1. September 2016, ab 2. September 2016 (V))</li> </ul>

## AUFSICHTSRAT

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<b>René Gehringer</b> Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Oberursel	keine	keine
	<b>Dr. h. c. Ernst Gerhardt</b> Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	keine	› WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main
	<b>Rosemarie Heilig</b> Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	› Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) (bis 22. September 2016)	› AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) › Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (bis 20. November 2016) › Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (bis 20. November 2016) › Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main › Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main (bis 10. November 2016) › Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) (bis 10. August 2016) › DRK – Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim (bis 29. August 2016) › FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) › Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) (bis 1. September 2016) › FÄZ Fachärztezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) <sup>(1)</sup> (bis 1. September 2016) › Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V) <sup>(1)</sup> (bis 1. September 2016) › HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V) <sup>(1)</sup> (bis 1. September 2016) › Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V) <sup>(1)</sup> (bis 1. September 2016) › Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am Main (ab 22. Januar 2016) › Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) (bis 11. März 2016) › Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) <sup>(2)</sup> (bis 29. August 2016) › Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main › Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main › Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe › RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (stv V) › Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden › Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main (ab 7. Oktober 2016) › Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) (bis 29. August 2016)

<sup>(1)</sup> Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main.<sup>(2)</sup> Mitgliedschaft begründet durch Amt im Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main.





## AUFSICHTSRAT

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p><b>Holger Klingbeil</b> Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Flörsheim</p>	keine	keine
 <p><b>Cornelia Kröll</b> Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V)</li> <li>› APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main</li> </ul>	keine
 <p><b>Stefan Majer</b> Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)</li> <li>› Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) (bis 29. August 2016)</li> <li>› Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (bis 9. Oktober 2016)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) (bis 10. August 2016)</li> <li>› Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main (ab 11. November 2016)</li> <li>› Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) (ab 11. August 2016)</li> <li>› DRK – Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim (ab 30. August 2016)</li> <li>› FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (ab 9. September 2016)</li> <li>› Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main (bis 3. Oktober 2016)</li> <li>› Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 2. September 2016)</li> <li>› FÄZ Fachärzteezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 2. September 2016) <sup>(1)</sup></li> <li>› Hospital-Service &amp; Catering GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 2. September 2016) <sup>(1)</sup></li> <li>› HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 2. September 2016) <sup>(1)</sup></li> <li>› Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 2. September 2016) <sup>(1)</sup></li> <li>› Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe (bis 16. Oktober 2016)</li> <li>› ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main), Frankfurt am Main (bis 29. August 2016)</li> <li>› Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 30. August 2016) <sup>(2)</sup></li> <li>› RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V) (bis 29. August 2016)</li> <li>› Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main (ab 23. September 2016)</li> <li>› tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main (V) (bis 29. August 2016)</li> <li>› traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (V) (bis 29. August 2016)</li> <li>› Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (ab 30. August 2016)</li> </ul>

<sup>(1)</sup> Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main.

<sup>(2)</sup> Mitgliedschaft begründet durch Amt im Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main.

## AUFSICHTSRAT

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<b>Klaus Oesterling</b> Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Römer, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main (bis 6. Januar 2017)	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) (ab 2. November 2016)</li> <li>› Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) (ab 23. September 2016)</li> <li>› Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (ab 30. August 2016 (V))</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) (ab 11. August 2016)</li> <li>› ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main), Frankfurt am Main (ab 30. August 2016)</li> <li>› RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V) (ab 30. August 2016)</li> <li>› tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main (ab 30. August 2016 (V))</li> <li>› traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (ab 30. August 2016 (V))</li> </ul>
	<b>Ralf-Rüdiger Stamm</b> Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Friedberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg</li> <li>› Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg</li> <li>› Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main</li> </ul>
	<b>Jürgen Wachs</b> Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg Wohnort: Mainz	keine	keine
	<b>Michaela Wanka</b> Unternehmensberaterin und Business-Coach Wohnort: Schriesheim	keine	keine

(K) Konzernmandate gem. § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

(V) Vorsitz

(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2016 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der MAINOVA.

**Vorstand**

**Dr. Constantin H. Alsheimer**  
bestellt vom 1. Januar 2006 bis  
31. Dezember 2018  
Vorsitzender des Vorstands der  
Mainova AG, Frankfurt am Main

**Mitgliedschaft in gesetzlich zu  
bildenden Aufsichtsräten**

keine

**Mitgliedschaft in vergleichbaren  
in- und ausländischen Kontrollgremien  
von Wirtschaftsunternehmen**

- › ABGnova GmbH, Frankfurt am Main ((V) bis 13. November 2016, ab 14. November 2016 (stv V))
- › Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg
- › Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH, Eisenach (stv V)
- › Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V)
- › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main <sup>(4)</sup>
- › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- › Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V)
- › Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V)
- › Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau ((V) bis 18. Mai 2016, ab 19. Mai 2016 (stv V))
- › Ohra Energie GmbH, Hörstel
- › Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V)
- › Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau (stv V)
- › Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (bis 30. April 2016)
- › Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München <sup>(1)</sup>
- › Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)

## Vorstand



**Norbert Breidenbach**  
bestellt vom 1. Juli 2013 bis  
30. Juni 2018  
Mitglied des Vorstands der  
Mainova AG, Frankfurt am Main

## Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- › ABO Wind Aktiengesellschaft, Wiesbaden

## Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- › Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main <sup>(2)</sup>
- › Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg (V)
- › Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main <sup>(4)</sup>
- › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- › Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main
- › Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen <sup>(3)</sup>
- › Hanau Netz GmbH, Hanau
- › Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß Gerau
- › Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg
- › Ohra Energie GmbH, Hörstel
- › Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich
- › Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau
- › Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
- › SYNECO GmbH & Co. KG (ab 15. Juni 2016 i. L.), München
- › Werraenergie GmbH, Bad Salzungen



**Lothar Herbst**  
bestellt vom 1. Januar 2006 bis  
31. Dezember 2020  
Mitglied des Vorstands der  
Mainova AG, Frankfurt am Main

keine

- › Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg
- › Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main <sup>(4)</sup>
- › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (V)
- › Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main
- › Hanau Netz GmbH, Hanau (ab 1. Dezember 2016)
- › Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG, Mörfelden-Walldorf (stv V) bis 31. Dezember 2015)
- › Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg (V) bis 20. Juni 2016, ab 21. Juni 2016 (stv V))
- › Ohra Energie GmbH, Hörstel (stv V)
- › Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau (ab 1. Dezember 2016)
- › Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München <sup>(1)</sup>
- › Werraenergie GmbH, Bad Salzungen

<sup>(1)</sup> Gesellschafter- und Finanzausschuss (V)

<sup>(2)</sup> Gesellschafterausschuss

<sup>(3)</sup> Konsortialausschuss

<sup>(4)</sup> Koordinierungsausschuss

(K) Konzernmandate gem. § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

(V) Vorsitz

(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2016 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der MAINOVA.

# Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

TSD. €	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				31.12.2016
	01.01.2016	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	118.670	4.755	1.464	37	124.852
2. Geleistete Anzahlungen	–	33	–	–	33
	<b>118.670</b>	<b>4.788</b>	<b>1.464</b>	<b>37</b>	<b>124.885</b>
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	373.925	1.438	2.933	7.695	370.601
2. Technische Anlagen und Maschinen					
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	671.700	2.063	12.177	354	685.586
b.) Verteilungsanlagen					
– Verteilungsnetze	1.830.257	36.315	11.390	4.962	1.873.000
– Hausanschlüsse	330.662	20.018	3.457	2.218	351.919
– Straßenbeleuchtung, Zähler	62.043	22.414	–	258	84.199
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	159.127	3.384	1.083	2.053	161.541
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	70.397	55.686	–32.504	273	93.306
	<b>3.498.111</b>	<b>141.318</b>	<b>–1.464</b>	<b>17.813</b>	<b>3.620.152</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	96.243	169	–	3.067	93.345
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	12.822	500	–	1.712	11.610
3. Beteiligungen	229.675	1.812	–	6.302	225.185
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.403	2.885	–	545	7.743
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	–	–	–	–	–
6. Sonstige Ausleihungen	1.391	–	–	337	1.054
7. Genossenschaftsanteile	3	–	–	–	3
	<b>345.537</b>	<b>5.366</b>	<b>–</b>	<b>11.963</b>	<b>338.940</b>
	<b>3.962.318</b>	<b>151.472</b>	<b>–</b>	<b>29.813</b>	<b>4.083.977</b>



Abschreibungen				Buchwerte		
01.01.2016	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Zuschreibungen	Abgänge	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
75.791	15.286	-	30	91.047	33.805	42.879
-	-	-	-	-	33	-
<b>75.791</b>	<b>15.286</b>	<b>-</b>	<b>30</b>	<b>91.047</b>	<b>33.838</b>	<b>42.879</b>
203.276	6.011	-	3.696	205.591	165.010	170.649
603.801	11.743	277	244	615.023	70.563	67.899
1.513.666	26.920	65	2.977	1.537.544	335.456	316.591
234.523	6.299	-	-	240.822	111.097	96.139
56.745	2.265	-	90	58.920	25.279	5.298
140.141	4.943	-	2.039	143.045	18.496	18.986
-	-	-	-	-	93.306	70.397
<b>2.752.152</b>	<b>58.181</b>	<b>342</b>	<b>9.046</b>	<b>2.800.945</b>	<b>819.207</b>	<b>745.959</b>
4.456	-	-	-	4.456	88.889	91.787
-	-	-	-	-	11.610	12.822
88.799	14.513	1.522	-	101.790	123.395	140.876
-	-	-	-	-	7.743	5.403
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	1.054	1.391
-	-	-	-	-	3	3
<b>93.255</b>	<b>14.513</b>	<b>1.522</b>	<b>-</b>	<b>106.246</b>	<b>232.694</b>	<b>252.282</b>
<b>2.921.198</b>	<b>87.980</b>	<b>1.864</b>	<b>9.076</b>	<b>2.998.238</b>	<b>1.085.739</b>	<b>1.041.120</b>

# Beteiligungen

Firma	Sitz	Anteil	Eigenkapital der Gesellschaften		Jahresergebnis der Gesellschaften	
			Tsd. €	Jahr	Tsd. €	
<b>Verbundene Unternehmen</b>						
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH <sup>(1)</sup>	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2016	1.495	
Energieversorgung Main-Spessart GmbH <sup>(1)</sup>	Aschaffenburg	100,00	5.000	2016	3.533	
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Bad Salzungen	62,22	30.309	2016	3.647	
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse, Frankreich	100,00	-874	2016	-426	
Hotmobil Deutschland GmbH <sup>(1)</sup>	Gottmadingen	100,00	2.816	2016	1.488	
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	221.049	2016	36.267	
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	40	2016	3	
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	8.975	2016	147	
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.484	2016	576	
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	11.268	2016	560	
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH <sup>(1)</sup>	Frankfurt am Main	100,00	50	2016	2.626	
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	37	2016	3	
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	4.420	2016	-129	
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.232	2016	37	
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.448	2016	-104	
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i.L. <sup>(4)</sup>	Frankfurt am Main	100,00	10	2015	-1	
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH <sup>(1)</sup>	Frankfurt am Main	100,00	20.902	2016	-4.023	
Offshore Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i.L. <sup>(5)</sup>	Frankfurt am Main	100,00	28	2016	-1	
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH <sup>(1)</sup>	Frankfurt am Main	100,00	34	2016	2.444	
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	45	2016	3	
<b>Beteiligungen</b>						
<b>a) Unmittelbare Beteiligungen</b>						
8KU GmbH	Berlin	12,50	287	2015	6	
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	269	2015	96	
ABO Wind AG	Wiesbaden	10,37	52.440	2015	7.471	
book`n`drive mobilitätssysteme GmbH	Wiesbaden	33,00	56	2015	-54	
CEE Mainova Windpark Kirchhain GmbH & Co. KG	Hamburg	30,00	3.818	2015	696	
Dynega Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	316	2015	20	
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH <sup>(2)</sup>	Eisenach	50,00	2.736	2016	643	
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	50	2015	17	
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00	28	2015	1	
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	175.147	2015	257	
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	23.823	2015	2.772	
Gasversorgung Offenbach GmbH <sup>(2)</sup>	Offenbach am Main	25,10	18.300	2016	4.079	
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	56.961	2015	-3.032	
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	237.848	2015	3.495	
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	43.422	2015	4.595	
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	71	2015	3	
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	951	2015	351	
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	62	2015	-53	
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	20	2015	-	

Firma	Sitz	Anteil	Eigenkapital der Gesellschaften		Jahresergebnis der Gesellschaften	
			Tsd. €	Jahr	Tsd. €	
		%				
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	28,93	8.313	2015	545	
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg (Hessen)	50,00	15.854	2015	3.066	
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	17.981	2015	5.376	
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	31.547	2015	7.480	
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	4.599	2015	361	
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG	München	12,50	85.737	2015	-4.434	
Syneco GmbH & Co. KG i.L. <sup>(6)</sup>	München	19,69	41.393	2015	2.136	
Syneco Verwaltungs GmbH i.L. <sup>(6)</sup>	München	25,10	77	2015	2	
WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	54	2015	26	
<b>b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH</b>						
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	12.942	2015	3.921	
Ohra Energie GmbH	Hörsel	49,00	22.351	2015	3.770	
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	23.646	2015	2.170	
<b>c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH</b>						
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA <sup>(3)</sup>	München	20,53	2.334.139	2015	201.527	
<b>e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova ServiceDienste GmbH</b>						
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	442	2015	14	
<b>f) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH &amp; Co. KG</b>						
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	13	2015	13	
<b>g) Mittelbare Beteiligungen über NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH</b>						
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	1.112	2015	-1.290	

<sup>(1)</sup> Ergebnisabführungsvertrag<sup>(2)</sup> Bilanzstichtag 30. September<sup>(3)</sup> Konzernabschluss HGB<sup>(4)</sup> Liquidationsabschluss 30. Juni 2015<sup>(5)</sup> Liquidationsabschluss 31. Januar 2016<sup>(6)</sup> Liquidationsabschluss 30. April 2016

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den zusammengefassten Lagebericht der MAINOVA Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA Aktiengesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, den 10. März 2017

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann  
Wirtschaftsprüfer

Galic  
Wirtschaftsprüfer

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA AG vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der MAINOVA AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der MAINOVA AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 10. März 2017



**DR. ALSHEIMER**



**BREIDENBACH**



**HERBST**

**Herausgeber**

Mainova AG  
Solmsstraße 38  
60623 Frankfurt am Main  
Telefon 069 213-02  
Telefax 069 213-81122  
[www.mainova.de](http://www.mainova.de)

**Ansprechpartner für Aktionäre**

Christian Rübzig  
E-Mail: [Investor-Relations@mainova.de](mailto:Investor-Relations@mainova.de)

**Konzept, Redaktion und Produktion**

MPM Corporate Communication Solutions, Mainz  
[www.mpm.de](http://www.mpm.de)